

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannhagen & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 1801.

Preiskennzeichen zahlbarer Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 60 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgepaarte Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Kleinanzeigen Blatt 60 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 391

Nr. 84.

Magdeburg, Donnerstag den 11. April 1907.

18. Jahrgang.

Ignaz Muer †.

An den Folgen eines Schlaganfalls, den er am gestrigen Dienstag erlitt, starb heute früh 4 Uhr Genosse Ignaz Muer. Die Nachricht von seinem Hinscheiden erreichte uns zu spät, um uns noch für die vorliegende Nummer eine Würdigung des Verstorbenen zu ermöglichen, die seiner Bedeutung gerecht wird. Wir werden darum erst in unserer morgigen Nummer darzustellen versuchen, was Ignaz Muer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung war und was sie an ihm verloren hat.

Der Besten einer, die jemals zum Wortführer der kämpfenden Arbeiterchaft berufen worden sind, ist mit Ignaz Muer dahingegangen. Der Tod holte sich ihn nicht mitten aus dem Kampfgetümmel; ein tragisches Geschick hatte dem blonden Necken schon seit Jahren jeden Waffengang für die Sache des Proletariats unmöglich gemacht. Eine schleichende Krankheit verzehrte seine Kräfte, ihm mag der Tod daher als Erlöser willkommen gewesen sein.

An seiner Totenbahre aber klagt die deutsche Arbeiterchaft um einen Unersehlichen, und ihren jähen Schmerz vermag der Gedanke nicht zu lindern, daß die Katastrophe schon lange vorauszu sehen war. Dazu verliert sie zuviel an Ignaz Muer! —

Neue Binnen-Zölle.

Ueber die drohende Wiedereinführung der Schiffsahrtszölle in Deutschland schreibt unser Parteigenosse Doktor Eduard David in der „Neuen Gesellschaft“:

„Zu den großen Verdiensten, die sich Napoleon I. um die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erworben hat, gehört auch der Anstoß, den er zur Aufhebung der Flußzölle gab. Mit dem Wegputzen Duzender von kleineren und größeren Herrschaften von der deutschen Landkarte beseitigte er ebenso viele abgabenheischende Wegelagerer an den Landstraßen und schiffbaren Wasserläufen. Aber auch auf die übrigbleibenden größeren Regierungen am Rheinstrom übte er einen so nachdrücklichen Einfluß aus, daß die Abgabenerhebung nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt und ermäßigt wurde. In Verfolg der von ihm eingeleiteten Sprengung der inneren Fesseln des deutschen Wirtschaftslebens wurde später durch Vertrag aller am Rhein liegenden Staaten die Abgabefreiheit für die bloße Befahrung des Stromes festgelegt. Entsprechend diesen Verträgen, die im Jahre 1868 zwischen Holland, Preußen, Hessen, Baden, Bayern und Frankreich in der revidierten „Rhein Schiffahrtsakte“ erneut kodifiziert wurden, wurden auch dem gleichen Zwecke dienende Abmachungen zwischen den deutschen Erbstaaten und Oesterreich getroffen und zuletzt in dem Elb-Schiffahrtsvertrag von 1870 festgelegt.

Die hohe Bedeutung, die man der abgabefreien Stromfahrt beimah, erhellt zur Genüge daraus, daß diese bei der Gründung des neuentstandenen Reiches durch Artikel 54 der Reichsverfassung besonders garantiert wurde. Es handelt sich dabei ja auch nicht nur um eine der wichtigsten Vorbedingungen für die innere wirtschaftliche Einheit des Reichsgebietes, sondern auch um die Vorbeugung politischer Reibungen zwischen Nord und Süd. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, von welcher einschneidender Bedeutung die freie Wasserstraße zum Meere für die süddeutschen Staaten und Sachsen ist, und wie empfindlich diese durch ein einseitiges Vorgehen der die unteren Stromläufe beherrschenden Staaten getroffen werden können.

Unter der Abgabefreiheit hat sich die deutsche Binnen-schiffahrt in ungeahnter Weise entwickelt, und namentlich sind Rhein und Elbe geradezu zu Lebensadern der anliegenden Wirtschaftsgebiete geworden. Niemand hätte noch vor wenigen Jahren daran gedacht, daß man mit dem Plan umgehen könne, diese Erzeugerschaft der wirtschaftlichen und politischen Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes wieder zu beseitigen. Es war den preussischen Junkern, die nach dem Zeugnis des alten Hohenlohe bekanntlich aufs Deutsche Reich pfeifen, vorbehalten, diesen Plan auszuheden und mit der sie auszeichnenden Rücksichtslosigkeit und Beharrlichkeit zu verfolgen.

Ueber Grund und Ziel ihres Vorgehens haben die Vertreter der großagrarischen Interessen von Anfang an keinen Zweifel gelassen. Rhein und Elbe bilden „Einfallsstore“ für

landwirtschaftliche Produkte, namentlich für Getreide und Holz. „Mit Hilfe der billigen Wasserstraßen überspringt das Getreide die aufgerichteten Zollschranken“, darum auf gegen diese „Durchkreuzung der nationalen Schutzoll-politik!“ — das war der Gedankengang eines Artikels in der „Kreuzzeitung“ vom 10. Dezember 1903, mit dem die Kampagne eingeleitet wurde. Sie zeitigte dann bei den Verhandlungen über die preussische Kanalvorlage das Resultat, daß die agrarische Mehrheit im § 19 des Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1905 die Bestimmung durchsetzte, daß der Kanal nicht eher in Betrieb gesetzt werden dürfe, bis Schiffsahrtsabgaben auf dem Rhein eingeführt seien.

Die preussische Regierung hat diese mit dem Wortlaut, dem Sinn und der seitherigen Anwendung des Artikels 54 der Reichsverfassung in schroffem Widerspruch stehende Klausel akzeptiert. Sie hatte bereits in der Kommission durch den verstorbenen Eisenbahnminister Buchde eine am 29. Februar 1904 im Abgeordnetenhaus verlesene Erklärung abgegeben, daß sie im Artikel 54 kein Hindernis sehe, „auch auf natürlichen Wasserläufen für die Benutzung der erst künstlich geschaffenen Fahrtriefen“ Gebühren zu erheben. Und demgemäß hat dann die Regierung des deutschen Vormachtstaates in den letzten Jahren hinter den Kulissen gearbeitet, um die widerstrebenden Regierungen der süddeutschen Staaten und Sachsens dazu zu bringen, der Wiedereinführung von Abgaben auf Rhein und Elbe zuzustimmen.

Dabei hat sie insoweit Erfolg gehabt, als sie durch den Abder der weiteren Mainkanalisation die bayrische und die hessische Regierung ins Wanken gebracht hat. Auf Baden und die elsässischen Städte hat sie durch Inanspruchnahme großer Stromregulierungen am Oberrhein eingewirkt. Württemberg soll durch die Übernahme der Kosten für die Neckarkanalisation auf die zu errichtende gemeinsame Strombauwerke für das Rheingebiet gewonnen werden. Der niederheinisch-westfälischen Industrie ist die Vertiefung des Rheines bis Köln für Seeschiffe als Speck vorgehalten worden, und leider haben sich dort einzelne Handelskammern und Interessentengruppen damit einlassen lassen. Die Hoffnung auf Sonderprivilegien hat sie vergessen lassen, wer die Urheber und welches die Ziele der ganzen Kampagne sind. Nicht die Verbesserung, nicht die Erleichterung des Verkehrs auf den Strömen, sondern seine Erschwerung ist der Zweck der agrarischen Interessenspolitik, nach deren Kommando die preussische Regierung handelt.

Eins haben die Berliner Unterhändler bei ihren vertraulichen Konferenzen mit den übrigen Regierungen aber doch nicht durchsetzen können, nämlich die Anerkennung jener famosen Interpretation des Artikels 54 der Reichsverfassung. Die preussische Regierung hat sich dabei die größte Mühe gegeben. Sie hat den Geheimen Oberregierungsrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Max Peters, veranlaßt, ein ganzes Buch zu schreiben, in dem „wissenschaftlich“ bewiesen wird, daß der genannte Verfassungsartikel das Gegenteil von dem will, was man vier Jahrzehnte hindurch herausgeschrien hat. Dieser kühne Versuch, die durch die historische Entstehung wie durch die ganze seitherige Praxis einwandfrei feststehende Bedeutung jenes Artikels umzu-drehen, ist von einer Reihe der hervorragendsten Rechtsgelehrten, so von den Professoren Dr. Otto Mayer-Leipzig, Dr. Laband-Strasbourg, Dr. Gothein-Heidelberg und dem heftigen Ministerialrat Dr. Best der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben worden. Er kennzeichnet aber nicht nur die „Wissenschaftlichkeit“, sondern auch die politische Moral der dafür verantwortlichen Kreise der preussischen Hochbureaucratie. In bezug auf diese Seite der Sache sprach sich der volkswirtschaftliche Beirat des Reichstages-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft, Dr. Kriele, auf der Dresdener Protestversammlung der an der Elb-Schiffahrt interessierten Handelskammern wie folgt aus:

„Das Buch des Herrn Peters zeigt ferner — und das ist ein sehr wichtiges Moment von großer Tragweite —, was alles von Seiten einer Verwaltungsbehörde geschieht, um eine Frage ins Rollen und zu dem ihr wünschenswerten Ziele zu bringen. Was wird uns nach dieser Leistung eines Verwaltungsbeamten in Zukunft noch beschieden werden! Es ist mir für einen Augenblick dieser Gedanke doch recht bitter geworden, nachdem ich gelesen habe, daß ein in hervorragender Dienststellung befindlicher Jurist derartige Verrenkungen, die nach seiner Ansicht logische und historische Beweisführungen sein sollen, vorgenommen hat, und daß der Verein für Sozialpolitik dieses Buch veröffentlicht hat. Es muß das einmal deutlich und laut gesagt werden, denn wir Deutsche sind leider viel zu höfliche Menschen geworden.“

Kürzer und schärfer präzipitierte Professor Laband denselben Gedanken auf der Tagung der rheinischen Stadter-

retungen und Handelskammern in Mannheim mit den Worten:

„Bestreiten kann man alles, und die klarste und unzweideutigste Bestimmung in ihr Gegenteil verkehren, wenn man den moralischen Mut dazu besitzt.“

Der Versuch der preussischen Junkerregierung, hinterherum, mit Ausschaltung des Reichstages, zum Ziele zu gelangen, wird wohl nicht gelingen. Den süddeutschen Regierungen gebietet es dafür doch an dem nötigen Maß von jener Sorte „moralischen Mutes“. Aufklärung darüber sollen die Interpellationen bringen, die von sozialdemokratischer und freisinniger Seite an die Reichsregierung gerichtet worden sind.

Der Reichskanzler hat bekanntlich die Verantwortung auf einige Wochen hinausgeschoben. Er braucht offenbar noch einige Zeit, um sich mit dem preussischen Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterer ist verantwortlich für die verfassungswidrigen Erklärungen und Handlungen der preussischen Regierung. Ersterer ist der berufene Hüter der Reichsverfassung und der Gesamtinteressen des Bundesgebietes. Da darf man gespannt sein, wie sich der Widerstreit des Reichskanzlers mit dem preussischen Ministerpräsidenten in der Seele des Fürsten Bismarck auskämpft. Diesmal muß er das Kunststück der konservativ-liberalen Paarung in sich selbst vollziehen.

Ist das schon an und für sich nicht leicht, so hat sich Fürst Bismarck die Sache in diesem Falle noch ganz besonders erschwert. Er war nämlich so unvorsichtig, ganz im Anfang der Angelegenheit, als er offenbar über die Pläne der Junkerschaft noch nicht genug informiert war, in seiner Eigenschaft als Reichskanzler eine Erklärung abzugeben, die in unvor-söhnlichem Widerspruch mit dem nachmaligen offensibaren Standpunkte des preussischen Ministeriums steht. Sie erfolgte am 10. Dezember 1903 und lautete:

„Nach der ganzen Entstehungsgeschichte des § 54 der Reichsverfassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmung das Recht der einzelnen Staaten befristigt werden sollte, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgendwelche Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme von diesem reichsgesetzlichen Grundsatz würde hiernach der Genehmigung durch ein besonderes Reichsgesetz bedürfen, und zwar, wie bei den Verhandlungen über das Gesetz vom 5. April 1866, betreffend die Erhebung einer Schiffsahrtsabgabe auf der Unterweser, ausdrücklich hervorgehoben wurde, eines Reichsgesetzes, welches im Bundesrat unter Wahrung der Vorschriften des Artikels 78 der Reichsverfassung zu beschließen ist. Dem Bundesrat liegt keinerlei Antrag vor, von dem allgemeinen Grundsatz des Artikels 54 der Reichsverfassung eine Ausnahme zu erwägen und zu beschließen, und es dürfte deshalb auch für das hohe Haus und die beteiligten Einzelstaaten kein Grund bestehen, auf die in der Presse enthaltene Erörterung einer theoretischen Streitfrage einzugehen, welche durch die deutsche Reichsverfassung dem Gebiete der Reichs-gesetzgebung vorbehalten ist, und bei der auch bestehende vertragen übige Abmachungen mit den betreffenden Staaten in Betracht kommen würden.“

Diese Erklärung des obersten Reichsbeamten hat die preussische Regierung nicht abgehalten, dem agrarischen Interessententümmel zuliebe, in deren Macht sie sich befindet, in der geschickten Weise vorzugehen. Wird der Reichskanzler dieses Verfahren bedauern? Die Partei steht für ihn verzweifelt. Tut er, was seine agrarischen „Freunde“ wollen, so muß er sich selbst Lügner nennen; muß seine eigene feierlich gegebene Erklärung verneinen. Steht ihm seine politische Ehre höher, leant er es ab, sich selbst zu des-avouieren, dann trifft ihn der Horn der Junker. Wird er es wagen, diesen auf sich zu laden?

Die Junker regieren Preußen und durch Preußen das Reich. Das wird das deutsche Volk auch in der Frage der Schiffsahrtsabgaben zu spüren bekommen.“ —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. April 1907.

Zweierlei Denkschriften.

Nach der Dernburgschen Denkschrift über die glanzvolle Entwicklung der deutschen Kolonien sollen in Südwesafrika u. a. zwei große Gesellschaften wirtschaftlich tätig sein, die zusammen über ein Kapital von 10 640 000 Mark verfügen. Es sind das die „Kafra-, Land- und Minen-gesellschaft“ mit einem Gesellschaftskapital von 10 Millionen Mark, wovon nach der amtlichen Denkschrift „bereits“ 8 Millionen eingezahlt sein sollen, und die „Südafrikanische Landminen- und Handelsgesellschaft“, deren Kapital von

840 000 Mark nach derselben amtlichen Denkschrift sogar „voll“ eingezahlt sein soll.

Dagegen erklärt die „Germania“, die Kassa-Gesellschaft habe nicht 8 Millionen, sondern nur 800 000 Mark bar eingezahlt, wovon nach verwickelten geschäftlichen Transaktionen 400 000 Mark als Betriebskosten zur Bewirtschaftung und Unterhaltung des riesigen Territoriums übrig geblieben seien. Statt mit 8 Millionen arbeitet also die Gesellschaft nur mit dem z. B. an zigsten Teil dieser Summe!

Noch ungeheurer soll es bei der Gründung der zweiten Gesellschaft zugegangen sein. Ausgegeben wurden 12 000 Anteilscheine a 200 Mark, davon wurde auf 11 000 gar nichts eingezahlt; von den eingezahlten 200 000 Mark (auf die letzten 1000 Anteilscheine) mußten für Erwerb des Grund und Bodens 150 000 Mark an die Kolonialgesellschaft gezahlt werden, sodas als „Betriebskapital“ die Summe von 50 000 Mark übrigblieb. Um etwas mehr Geld in die Finger zu bekommen, gab nun die „Sanjantische Landminen- und Handels-Gesellschaft“ noch 1200 „Vorzugsanteile“ a 200 Mark aus, auf die aber nur 75 Prozent, also 180 000 Mark eingezahlt wurden. Es waren also im ganzen 380 000 Mark bares Geld eingezahlt bei einem Nominalkapital von 2 400 000 Mark!

Sind diese Angaben der „Germania“ richtig, so „sanjant“ die amtliche Denkschrift mit der doppelten Wirkung, daß sie erstens unvollständigen Grundungen auf Grund falscher, aber „amtlich“ bestätigter Angaben Kredit verschafft und dadurch die kleinen Kapitalisten hineinlegt, und daß sie zweitens, indem sie den Anschein erweckt, als stecke das Privatkapital in die Kolonien ungeheure Summen, im Volk und im Reichstag Stimmung für neue öffentliche Auswendungen macht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß jene Gründungsstransaktionen schon 12—14 Jahre zurückliegen; auch frühere amtliche Denkschriften hätten das Kapital der Gesellschaften so hoch angegeben wie die neueste, und außerdem seien in einer besonderen Denkschrift über die Konzeptionsgesellschaften die tatsächlichen Vereinzahlungen genau angegeben. Das hindert natürlich nicht, daß in der Deffentlichkeit mit der Unwahrheit der amtlichen Denkschrift gearbeitet wird, während die Wahrheit der besonderen Denkschrift nur für die Eingeweihten gilt.

Zwei Fortschrittsnationen.

Der neue französische Botschafter in Berlin, Herr Jules Cambon, wurde am Montag von Wilhelm II. empfangen. Auf die Erklärung des Botschafters, er werde bemüht sein, an der Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten, antwortete der Kaiser, dieses Bemühen finde seine ganze Sympathie. Die Verständigung zwischen zwei großen Nationen, die beide fähig und bestimmt sind, Gesittung und Fortschritt unter den Völkern der Erde zu verbreiten, ist ein Ziel, dessen Erreichung der gemeinsamen Arbeit aller hochsinnigen Geister ist, über die Frankreich und Deutschland verfügen.

Nach einem englischen Sprichwort beginnt die Wohltätigkeit zu Hause. Wenn es die Aufgabe der beiden Nationen ist, Gesittung und Fortschritt unter den Völkern der Erde zu verbreiten, so muß diese Arbeit naturgemäß in Preußen beginnen, wo sie am notwendigsten ist. Es sind jetzt hundert Jahre her, seit die Franzosen bei diesem Volk der Erde den Fortschritt zu verbreiten begannen; es ist uns aber nicht wahrheitsgemäß, daß Wilhelm II. auf diese historische Aufgabe aufpassen wollte.

Franzosenhete.

Der Pariser Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ berichtet über ein Gespräch, das er mit einem französischen Staatsmann führte. Dieser, eine mit den Stimmungen und Intentionen der französischen Regierung wohlvertraute Persönlichkeit, sagte u. a.: Ich begreife nicht recht den heftigen Ton, den mehrere deutsche Zeitungen in letzter Zeit über einige stark vertriebene und wahrheitsgemäß auch noch falsch telegraphierte Worte Clemenceaus an schlagen.

Damit wird offenbar bestätigt, was ohnehin schon längst bewiesen ist, daß eine falsche Berichterstattung über die Pariser Kammer Sitzung vom 27. März einem Teil der deutschen Presse erlaubte, sich zu einer sachlich durch nichts begründeten Franzosenhete zu geben hat. Wenn das Botschaftsbureau in einer Berichterstattung, die es an eine Reihe sozialdemokratischer Blätter vermittelte, den Redner zu führen versucht, daß seine erste, von ihm selbst später berichtigte Erklärung auf einwandlos Weise zuzunehmen gekommen ist, daß also das Bureau an dem internationalen Ritzerskandal kein subjektives Verständnis habe, so ändert das nichts an der Tatsache, daß man nicht hat, auf Grund objektiver wahrer Behauptungen eine Franzosenhete zu stiften im deutschen Volke zu lassen.

Nun weisen neuerdings manche Stimmen darauf hin, daß die deutsche Regierung Schritte machen muß mit der französischen in lokaler Weise zu verhandeln. Ob nach Langer und Algeiras und allem, was jetzt geschehen ist, ob namentlich angesichts der Tatsache, daß das gegenwärtig in Deutschland herrschende System keinerlei Chancen seiner politischen Zukunft hat zu erörtern imstande ist, solchen Verhandlungen noch Aussicht auf Erfolg winkt, mag dahingestellt bleiben. Solche Telegramme und entsprechende Schlußfolgerungen, die an unrichtige Voraussetzungen geknüpft werden, sind aber sicher kein geeignetes Mittel, um in ein besseres Verhältnis zur französischen Republik zu gelangen.

Der Hunsturz im Donaubad.

Die königlich preussische Polizeibehörde und der Deutsche Polizeibereich haben sich die Verhaftungen der Hunsturzpreze zu Herzen genommen und ihrer scharfen Kritik

gegen die Agitation entzagt. Mit komisch wirkender Eile wurden die kleinen Bildchen aus den Mikroskopen entfernt, und hätte sich Herr Dertel nicht sehr beeilt, so hätte er statt einer hübschen Strandkorbhüte — einen mit 80 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Eisenbahnzug bewundern dürfen. In den königlich preussischen Bahnhöfen herrscht wieder die Tugend!

Seider ist uns kein anderer Fall bekannt, in dem die Kritik der sozialdemokratischen Presse so prompt gewirkt hätte. Wenn es gilt, ernste Uebelstände zu rügen, so schreiben sich die Sozialdemokraten meist die Finger wund — mit dem einzigen Erfolg, daß man sie dafür meistens als Staatsverbrecher ins Gefängnis wirft. Hier, wo es sich um eine ausgemachte Völperei handelt, genügen ein paar beiläufige Worte scherzhafter Kritik, um die Behörden in Tätigkeit zu versetzen!

Um nur von einer Kleinigkeit zu sprechen — wieviel Jahre „liberaler Verra“ werden wir noch erleben müssen, bis ein preussischer Eisenbahnminister begreifen wird, wie lächerlich es ist, den Verkauf „staatsfeindlicher und unfittlicher“ Literatur zu verbieten, die fünf Schritte vor dem Bahnhofsingang feilgeboten werden darf? Für solche Kritik fehlt der Behörde das empfindende Organ.

Und war dieser kleine Fall sehr lehrreich in dem Sinne, daß er gezeigt hat, auf welchem Niveau man sich begehen muß, um „oben“ verstanden zu werden.

Die russische Revolution.

Die Budgetdebatte der Duma.

Am Dienstag hat die Duma sich wieder mit dem gefälltesten Budget des Finanzministers ohne Finanzgen, Kolozow, beschäftigt. Ein Petersburger Kadett, Fodorow mit Namen, sprach wie ein Minister und hatte nur wenig Nebenwörter zu sagen. Danach wurde die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Das Wolffsche Telegramm lautet im wesentlichen:

Die Redner der äußersten Linken setzen ihre heftigen Angriffe gegen die Regierung fort, die der äußersten Rechten bringen nichts Politisches vor und greifen die Kadetten sowie die Sozialisten an. Viele Redner verzichten auf Wort. Sodann nimmt Finanzminister Kolozow das Wort und verteidigt sich in längerer Rede gegen die Angriffe der Sozialisten. Er geht auf den sozialistischen Antrag ein, das Budget ohne Ueberweisung an die Budgetkommission abzulehnen, der damit begründet ist, daß die budgetären Rechte der Duma gleich Null seien. Er weist diese Behauptung als unrichtig und falsch zurück und sagt, es gebe nur einen gewissen Teil des Budgets, der wie durch einen Panzer geschützt sei und daher gemäß den Staatsgrundgesetzen für die Duma unantastbar sei. Dies sei der Teil, welcher die Ausgaben des kaiserlichen Hofes und diejenigen für Zahlung der nationalen Schuld und der Staatsobligationen enthalte. Dieser Teil des Budgets betrage 502 Millionen Rubel. Es gebe ferner noch einen Teil des Budgets, der durch einen schützenden Panzer geschützt sei. Dies sei derjenige Teil, der die Ausgaben enthalte, die auf gewissen Gesetzen beruhen. Diese Ausgaben könnten von der Duma nicht abgeändert werden ohne Veränderung oder Aufhebung der betreffenden Gesetze, die ihnen zur Grundlage dienen. Dieser Teil des Budgets betrage 659 Millionen Rubel. Kolozow fährt fort, das gesamte Budget schätze mit 2 171 Millionen Rubel ab. Nichts bleibt für die Duma ein Beitrag von mehr als der Hälfte des Budgets, über den sie unbeschränkt bestimmen könne, bezüglich dessen es für die Vertreter des Volkes keinen unüberwindlichen Panzer gebe. Hier könne die Budgetkommission, indem sie sich in das Budget gründlich vertiefe, die von der Regierung gemachten Fehler angezeihen, und diese werde der Duma sehr dankbar sein. Die Duma sei zur gesetzgeberischen Tätigkeit geschaffen worden, ihre budgetären Rechte seien hinreichend beträchtlich, und deshalb müsse die Kommission arbeiten ohne Hindernis nach Weisheit und ohne Wünsche zu äußern, die sich nicht verwirklichen ließen, unter Zugrundelegung von Zahlen und Schriftstücken zum allgemeinen Wohl. Er, der Minister, sei für den Antrag der Kadetten und der Partei der Gemäßigten auf Ueberweisung des Budgets an die Budgetkommission. (Beifall rechts.)

Der Präsident bringt nunmehr diesen Antrag zur Abstimmung. Er wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Revolutionäre angenommen. Die Kadetten, die Rechte und die Gemäßigten beglücken diesen Sieg über die äußerste Linke mit großem Beifall. Die Sitzung wird hierauf gegen 6 1/2 Uhr abends geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag angesetzt.

In der vom Finanzminister Kolozow gemachten Aufstellung über die Ausgaben, über die die Duma frei verfügen kann, muß bemerkt werden, daß sie zwar formal beinahe richtig ist, aber doch kein zureichendes Bild der tatsächlichen Sachlage gibt, da der Minister zu den zur freien Verfügung der Duma stehenden Ausgaben die Vermögensgaben des Trammiteinmünopols, der Staats-eisenbahnen, Posten und dergleichen gerechnet hat. Zieht man diese großen wahren Ausgaben ab, so denen die Duma tatsächlich nichts ändern kann, und die insgesamt fast eine Milliarde erreichen, so bleiben nur etwa 10 v. H. der Staatsausgaben, über die die Duma volles Verfügungsrecht hat. Den Kadetten genügt dieser Straußteil.

Anzudem greift Stolypin täglich das Dumapräsidentium an. Und dagegen setzen sich die Kadetten nicht zur Wehr.

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 10. April. Der Minister des Innern wies die Gouverneure an, keine Dorfversammlungen zur Beratung von Postfragen, die von den Dumaabgeordneten kritisch oder telegraphisch an die Dorfbehörden gemeldet worden würden, zu gestatten, beziehungsweise die Sachlichen sofort zur Verantwortung zu ziehen.

* Sotsj, 10. April. Sechsern wurden wieder acht Arbeiter und zwei Soldaten erschossen und noch viele Personen verhaftet. Es herrscht hier Panik. Die Lage ist sehr ernst.

* Petersburg, 10. April. Zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Sankt Petersburg wird der Chef des Gendarmenkorps, Baron Raabe, mit weitgehendsten Vollmachten nach dem Sankt Petersburg entsandt. Er kann Unterdrückungsmaßnahmen, wie Verhaftungen, Ausweisungen und dergleichen, unabhängig von den Oberbehörden und ohne vorheriges Einverständnis mit ihnen treffen.

Aus der Parteibewegung.

Die Jugendgewerkschaftler scheinen sich neuerdings bei sich beschleunigender einer großen Vorliebe zu erweisen. In Maastricht ist ein Komitee zur Vorbereitung der Parteibewegung in Maastricht gebildet worden, das ein sozialdemokratisches Komitee bilden soll. Der Arbeiter Paul Schlegel von der „Rechtsstimme“ in Ansbach wurde in Jugendschwärze genommen, weil er in einem Privatgespräch des Parteibereichs Horowitz gegen Geller den Verfall eines Artikels nicht nennen wollte. Gleichzeitig wurde gegen ihn auf 150 Mark Geldstrafe erkannt.

Wie lange soll es noch so weiter gehen? —

Zur Landtagswahl in Nürnberg. Genosse Gabriel Bortwein, ein verdienter Parteiveteran, der für den ersten Nürnberger Landtagswahlkreis als Kandidat aufgestellt wurde, hat aus Bogen, wo er sich zur Kräftigung seiner Gesundheit befindet, an die Parteileitung ein Schreiben geschickt, worin er bemerkt, er habe die ehrenvolle Kandidatur übernommen, weil er glaube, daß er infolge seiner Erfahrungen im politischen und parlamentarischen Leben sich der Partei immerhin noch in seiner Art nützlich machen könne. Er müsse nicht aber geteilt, daß er seine Kraft überbietet habe und daß diese nicht ausreiche, die ehrenvolle aber schwierige Aufgabe in entsprechender Weise zu bewältigen. Deshalb lege er sowohl im Parteialbum als auch im eignen persönlichen Interesse seine Kandidatur nieder.

Zum Nordhäuser Preß-Konflikt. Am Sonntagabend, 6. April, fand zwischen dem Genossen Schildbach und den Parteifunktionären in Nordhausen auf Anregung des Vorsitzenden des Bezirks „Arbeiter-Preß“, Genossen H. Thiele-Galle, Vergleichsverhandlung statt, die zur Annahme folgender Resolution führte: „Die Beteiligten erklären den Konflikt zwischen dem Parteifunktionären und dem Genossen Schildbach für erledigt. Genosse Schildbach verzichtet auf weitere Tätigkeit an der „Nordhäuser Volkszeitung“. Die Parteigenossen erkennen an, daß Genosse Schildbach in seiner redaktionellen Tätigkeit großen Fleiß entwickelt hat, wie auch Genosse Schildbach anerkennt, daß ihm die Parteifunktionäre bis zum Ausbruch des Konflikts alles Entgegenkommen bewiesen haben. Der Konflikt hat in sachlichen Differenzen seinen Grund gehabt, bei denen beide Teile überzeugt waren, den Interessen der Partei und dem Parteiblatt zu dienen.“

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. April 1907.

Bernards gegen die „Volksstimme“.

Der durch seine Angriffe auf den hiesigen Konsumverein bekannte Ingenieur Bernards war in Nummer 238 der „Volksstimme“ des verfloffenen Jahres Polizeispitzel genannt und von ihm behauptet worden, er habe geschwindelt, weil er fälschlich dem Konsumvereinsvorstand Bilanzverfälschung und Verputzierung von 35 000 Mark vorgeworfen hatte. Bernards fühlte sich dadurch beleidigt und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“, Genossen Niepelt. Der Staatsanwalt lehnte jedoch ein Einschreiten im öffentlichen Interesse ab und bewies Bernards auf dem Weg der Privatklage, die denn auch von ihm angestrengt wurde. Vor dem Schöffengericht Neustadt fand am Dienstag die Verhandlung statt.

Der Verteidiger des Genossen Niepelt, Rechtsanwalt Landsberg, erhob zu Beginn der Verhandlung Widerspruch gegen den Privatkläger wegen beleidigender Äußerungen in der Beschwerdeschrift an den Oberstaatsanwalt über den ablehnenden Bescheid des Staatsanwalts. Bernards redet darin von „wässern Treiben“, „schamloser Scher“, „niederträchtigen Beschimpfungen“, „Gemeingefährlichkeit“ uhr. Der Widerspruch wurde zurückgewiesen, obwohl Bernards um Abweisung ersuchte mit der Begründung, daß die Beschwerdeschrift nicht für die Deffentlichkeit bestimmt gewesen und auf Niepelt darin nicht Bezug genommen sei. Das Gegenteil der letzten Behauptung wurde sofort von dem Verteidiger Niepelt nachgewiesen. Auf Antrag des Verteidigers werden dann die Personaten Bernards angenommen. Er ist nach seiner Angabe in Hochkirchen, Kreis Döbeln (Steinland) am 9. Juli 1847 geboren, katholischer Religion und nicht vorbestraft.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erhält der Rechtsanwalt Landsberg das Wort zur Widerlegung der Anklage. Er führt etwa folgende aus: Bernards habe sich 1904 in den Konsumverein aufnehmen lassen und gleich großes Interesse für den Verein an den Tag gelegt, das sich darin äußerte, daß er Bekanntschaft mit den Vorstandsmitgliedern suchte, sie freundschaftlich umwarb und ihnen allerlei wohlmeinende Vorschläge machte. Eines dieser Tages machte er den Vorschlag, die städtische und große Bibliothek des Konsumvereins mehr in das Innere der Stadt zu verlegen und sie mit der Bibliothek des Gewerkschaftsartells und der des Sozialdemokratischen Vereins zu verschmelzen, wobei er auf die nach den Beziehungen hinwies, in denen doch die Konsumvereinsbewegung zu der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung stände. Die Ausführung des Vorschlags hätte dem Konsumvereinsvorstand natürlich eine Anklage eingebracht, da ein Konsumverein keine politischen Zwecke verfolgen dürfe, weswegen der Vorstand den Bernards auch abweis. Einige Zeit darauf wurde aus dem eifrigen Freunde ein ebenso eifriger Opponent. In einer Generalversammlung des Vereins stellte er die Behauptung auf, der Vorstand habe die Bilanzen gefälscht und 35 000 Mark verputzt. Daraufhin wurde gegen den Vorstand von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet, in dem Bernards vor der Polizei als Zeuge vernommen wurde. Das Verfahren wurde später wieder eingestellt, weil sich die Beschuldigungen als haltlos erwieisen hatten. Bei seiner Vernehmung erbot sich Bernards, einen Sachverständigen zur Prüfung der Konsumvereinsbücher zu bezeichnen. Diese hohe Ausgab wollte derselbe Bernards leisten, der in prekären Verhältnissen lebte, der am 27. Juli 1903 den Offenbarungseid leistete! Seine falschen Behauptungen in der Versammlung, die in einem Bericht des „Centr.-Aus.“ wiedergegeben wurden, wurden dann von dem Rabatt- und Sparverein in zahlreichen Flugblättern weiter verbreitet. Alles das mußte zu der Annahme führen, daß Bernards in gewissen unlauteren Beziehungen zu der Polizei und zum Rabattspareverein stand, und sein Anerbieten, den Sachverständigen zu bezeichnen, mußte die Meinung festsetzen, daß er aus unlauteren Quellen Geldmittel bezöge.

Bernards behauptete demgegenüber, daß die Bibliotheksgeschichte völlig aus der Luft gegriffen sei. Was den Hinweis auf seine prekären Verhältnisse anlangt, so betone er, daß er in einer geradezu beneidenswerten Lage sich befinde, denn er gehöre zu den seltenen Menschen, die völlig zufriedener seien. Das Anerbieten, den Sachverständigen zu bezeichnen, habe er gemacht, um dem Zeugniszwang und der Nennung seines Gewährsmannes zu entgehen. Der ihn vernehmende Richter hätte ihn auf seine Frage gefragt, daß das vielleicht der einzige Ausweg sei. Er habe niemals in unlauteren Beziehungen zu der Polizei, dem Rabattspareverein und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gestanden. Nur im öffentlichen Interesse habe er sich gegen die „Rechtsstimme“ im Konsumverein gewandt.

Es folgt dann die Zeugenervernehmung. Geheimrat Madensen, der Leiter der hiesigen Filiale des Reichsverbandes, belundet, daß Bernards zu dem Verband nie in Beziehungen gestanden habe. Er mußte das wissen, da alle Sachen durch seine Hand gingen.

Polizei-Inspektor Schmidt beantwortet die Frage, ob Bernards der Polizei ständig Berichte geliefert habe, mit Nein. Die Annahme, daß Bernards mit ihm, dem Zeugen, konspiriert habe, sei wohl darauf zurückzuführen, daß die auf Grund der Bernardschen Behauptungen in der Generalversammlung an die Staatsanwaltschaft gerichtete Anzeige, seinen, des Zeugen, Namen getragen habe. In dem Protokoll über die Vernehmung Bernards findet sich der Satz: „Ich erbot mich, ob die Revision selbst vorzunehmen.“ Das Protokoll ist von Bernards unterschrieben. Zeuge Schmidt weiß sich nicht zu erinnern, ob Bernards sich freiwillig dazu erboten hat, er glaubt aber, daß er selbst, Zeuge, die Anweisung gegeben habe.

Die Vorstandsmitglieder Körner und Furtich vom Rabattspareverein sagen aus, daß Bernards zu ihnen keine Beziehungen unterhalten habe. Das Flugblatt mit den Verurteilenden Beschuldigungen sei ohne dessen Zutun verbreitet worden. Auf die Anklagen der Zeugen Sandquist und Feustich vom Rabattspareverein wird verzichtet.

Geschäftsführer Schmidt von dem Konsumverein hat einmal einem Gelehrten Bernards mit dem Geschäftsführer Schulz zugehört, in dem Bernards anregte, die Vereinsbibliothek nach der Mitte der Stadt zu verlegen und mit den Bibliotheken der Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins zusammenzulegen. Er habe dieses verbotenen Vorschlags wegen Schulz vor dem Bernards gewarnt. Er sei nie das Gefühl los geworden, daß dieser gewisse Arbeiten für die Polizei verrichte, die den Zweck hätten, den Konsumverein in eine

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 84.

Magdeburg, Donnerstag den 11. April 1907.

18. Jahrgang.

Das Reisen nach dem 1. Mai.

Am 1. Mai d. J. tritt die Eisenbahntarifierform in Kraft. Für ganz Deutschland gelangen damit einheitliche Bestimmungen über den Eisenbahnverkehr zur Geltung. Das hervorragendste Merkmal des neuen Tarifs ist die Befreiung der Rückfahrkarten und des Freigepekts. Die Reform erstreckt sich sowohl auf den Personen- als auf den Gepäcksverkehr.

Was zunächst die Personentariife anlangt, so werden vom 1. Mai an die normalen Preise der 2. und 3. Klasse auf die Hälfte der Rückfahrpreise festgesetzt, die der 1. Klasse auf einen etwas höheren Betrag. Die Folge davon ist, daß in Zukunft alle Einzelreisen in den drei ersten Wagenklassen billiger sind. Die Preise für den Personenkilometer, die heute für die Personenzüge in Preußen und Sachsen 8, 6 und 4 Pfennig, in den süddeutschen Staaten 8, 5,3 und 3,4 Pfennig betragen, werden herabgesetzt auf 7, 4,5 und 3 Pfennig. Diese Ermäßigung kommt aber nur etwa 25 bis 30 Prozent aller Reisenden der 1. bis 3. Klasse zugute, die heute ihre Reisen mit einfachen Fahrkarten zurücklegen müssen. Die Sätze gelten mit wenigen Ausnahmen auch für die Privatbahnen.

Die Schnellzüge werden in zwei Gattungen geteilt, in zuschlagspflichtige Schnellzüge und zuschlagsfreie Eilzüge. Der feste Schnellzugzuschlag, nach Zonen berechnet, beträgt 1. Zone: 1—75 Kilometer 0,50 Mark, 1/2 Kl., 0,25 Kl., 3. Kl.; 2. Zone: 76—150 Kilometer 1,00 Mark, 1/2 Kl., 0,50 Kl., 3. Kl.; 3. Zone: über 150 Kilometer 2,00 Mark, 1/2 Kl., 1,00 Kl., 3. Klasse. Diese Zuschläge unterliegen nicht der Fahrkartensteuer. Für D-Züge wird eine Platzgebühr nicht erhoben. An ihre Stelle tritt der Schnellzugzuschlag, der für Entfernungen bis zu 75 Kilometer billiger als bisher, für größere Entfernungen gleich hoch ist. Das Reisen in dem großen durchgehenden Verkehr dienenden Abteilzügen wird auf den preussisch-heftischen Bahnen infolgedessen bis um 2 Mark für die Fahrkarte verteuert, als zurzeit bei Rückfahrkarten nur die Personenzugpreise erhoben werden. Es ist aber in Aussicht genommen, diese Abteilzüge allmählich in D-Züge umzuwandeln. Durch die Verteuerung der Abteilzugeschnellzüge beabsichtigt man ansehnlich diese Umwandlung zu beschleunigen.

Um die für manche Reisen bestehenden Unbequemlichkeiten zu beseitigen, daß für die Rückfahrt eine neue Karte gelöst werden muß, werden in all den Verbindungen des Vorort-, Markt-, Ausflugsverkehrs usw., in denen ein Bedürfnis dazu vorliegt, Doppelkarten (für Hin- und Rückfahrt) mit zweitägiger Gültigkeit, aber ohne Preisermäßigung aufgelegt werden. Bei allen andern Reisen in Deutschland kann man sich bei der Einfahrt eine Karte auch für die Rückfahrt lösen, die vom Lösungstage an dieselbe Geltungsdauer hat.

Nicht berührt durch die Reform werden die Preise der 4. Klasse in Norddeutschland, die Preise für Monats-, Schüler- und Arbeiterfahrkarten, für Sonntagskarten, für den Stadt- und Vorortverkehr, ebenso bleiben die Preise für Sonderzüge und Feriensonderzüge fast ganz unverändert. Bemerkenswert ist die Bestimmung, nach der den Inhabern von Monatskarten die Schnellzüge einschließlich der D-Züge freigegeben werden. Eine Verkehrsvereinfachung wird dadurch geschaffen, daß die Fahrtunterbrechung bei Sonntagskarten und der Übergang in eine höhere Wagenklasse wie bei Karten des gewöhnlichen Verkehrs mit der Beschränkung zugelassen wird, daß ein zuschlagspflichtiger Schnellzug nicht benutzt werden darf. Fahrpreisermäßigung für Reisen größerer Gesellschaften kommt in Fortfall. Nur für Arbeitergesellschaften zu Fahrten in 4. Klasse bleiben die bisherigen Fahrtvergünstigungen bestehen, sofern öffentliche Interessen in Frage kommen.

Im internationalen Verkehr wird die Reform erst später eingeführt. Die Fahrpreise bleiben also vorläufig hier die alten. Auch bei den vor dem 1. Mai gelösten Rückfahrkarten bleiben die bisherigen Ansprüche ungeändert bestehen, ebenso wie bei den nach und von dem Ausland gelösten Rückfahrkarten. Bei diesen wird also Freigepekts auch nach dem 1. Mai gewährt. Jedoch werden bei diesen Rückfahrten Schnellzugzuschläge sowie Platzkartengebühr bei Benutzung von D-Zügen nicht mehr erhoben. Die Platzgebühren werden am 1. Mai gänzlich beseitigt.

Die Fahrkarten-Neudrucke, die durch die Einführung der Personentariife notwendig wurden, sind bereits beendet. Während es bisher nur vier Sorten gab: Personen-, Schnellzugs-, Platz- und Schlafwagenkarten, wird es nunmehr sechs Sorten geben: für Personenzüge, Schnellzüge, Eilzüge, Uebergangskarten von Personenzug auf Schnell- oder Eilzüge (Zuschlagskarten), Zuschlagskarten für Schnell- und Eilzüge, Schlafwagenkarten. Auf vielen Karten werden Vorder- und Rückseite (Montenverschrift) bedruckt werden. Die Schalterräume und Fahrkartenschalter müssen auf den größeren Bahnhöfen vermehrt werden. Der geschmackvolle Vorbau vor unserm Hauptbahnhofgebäude ist zu diesem Zweck bestimmt.

Die Befreiung der bisherigen Rückfahrkarten hat, wie zu einer amtlichen Aunndgebung bemerkt wird, die Folge, daß die Bewegungsfreiheit der Reisenden erhöht, der Verkehr von lästigen Fesseln befreit wird. Um billig zu reisen, braucht man sich nicht mehr zu Beginn der Reise zu binden für den ganzen Reisetag; man braucht nicht ängstlich besorgt zu sein, die Frist für die Rückfahrt einzuhalten. Die unbequemen Reklamationen bei Nichtausnutzung der Freigepekts oder der Rückfahrkarten fallen weg, eine

Schreibgebühr wird bei Fahrpreisrückstellungen nicht mehr abgezogen. Die Notwendigkeit der Fahrtunterbrechung wird nur selten noch vorliegen, die Bescheinigung der Fahrtunterbrechung kann daher wegfallen.

Die Fahrpreise bei den Fahrcheinheften werden in der 1. Klasse um 1 Pfennig, in der 2. Klasse um 0,13 Pfennig pro Personenkilometer verteuert, in der 3. Klasse sind sie um 0,07 Pfennig billiger. Diese Verbilligung will nicht viel bedeuten. Immerhin wird von den Inhabern dieser Karten kein Schnellzugzuschlag erhoben, und soweit sie in Norddeutschland reisen, haben sie — im Gegensatz zu allen andern Reisenden — Vorteile von dem neuen Gepäcksarif. Auf Fahrcheinhefte wurde bisher auch in Norddeutschland kein Freigepekts gewährt, und der preussisch-heftische Gepäcksarif (0,5 Pfennig für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer) war erheblich höher als die künftige Gepäcksarif.

Damit kommen wir zu dem zweiten Hauptstück der Tarifierform, zum neuen Gepäcksarif. Er bringt für den süddeutschen Nahverkehr und für alle Reisenden in Norddeutschland eine Verteuerung mit sich. Das auf den norddeutschen Bahnen bisher gewährte Freigepekts (25 Kilogramm) fällt fort; das Gepäcks wird jetzt mit einem Frachtkauf von 20 Pfennig pro 25 Kilogramm für Entfernungen bis 50 Kilometer, 50 Pfennig für Entfernungen bis 300 Kilometer und 1 Mark für Entfernungen über 300 Kilometer belegt. Für die Benutzer norddeutscher Bahnen, die bisher 25 Kilogramm als Freigepekts mitführen konnten, bedeutet diese Bestimmung nicht nur eine weitere Verteuerung des Reiseverkehrs, unter der namentlich die Geschäftsreisenden zu leiden haben werden, sondern sie wird auch zu Unzuverlässigkeiten und gegenseitigen Belästigungen des Publikums führen. Denn in Zukunft wird der Reisende versuchen, dieser neuen Gepäcksarif dadurch zu begegnen, daß er möglichst sein ganzes Gepäcks mit in das Wagenabteil schleppt. Die Gepäcksarifabfertigung auch für schwerere Gepäcksstücke wird vereinfacht und beschleunigt. Jeder Reisende findet auf der Fahrkarte die Entfernungszone und kann danach die Gepäcksarif selbst berechnen. Der Abfertigungsbeamte liefert die Fracht von der einfachen und kurz gefassten Gepäcksarif ab, soweit nicht der Preis auf dem Gepäckschein aufgedruckt ist. Er braucht nicht mehr in diesen Tariffestken nachzuschlagen und schwierige Rechenexempel zu lösen.

Für die Beförderung von Fahrrädern mit der Eisenbahn gelten nach dem 1. Mai folgende Bestimmungen: Unverpackte einsitzige Zweiräder — ausschließlich Motorfahrräder — werden auf Entfernungen bis 100 Kilometer nach Wahl der Reisenden entweder gegen Lösung von Fahrradkarten zum Einheitsfahrschein von nur 20 Pfennig für jedes Rad oder auf Gepäckschein abgefertigt. (Letzterenfalls: 25 Kilogramm bis 50 Kilometer 20 Pf., von 51 bis 300 Kilometer 50 Pf., über 300 Kilometer 1 Mark.) Die besonderen Bedingungen, unter denen die billigere Abfertigung auf Fahrradkarte nur zugelassen wird, bestehen hauptsächlich in der Verpflichtung des Reisenden zum Verbringen und zum Abholen des Rades zum und vom Packwagen, auch auf den Unterwegsstationen. Auf Entfernungen über 100 Kilometer erfolgt die Abfertigung stets auf Gepäckschein. Für die Abfertigung auf Gepäckschein werden lediglich die Gepäcksarifstücke erhoben, mindestens jedoch 30 Pfennig für jedes Rad.

Ueber die Einzelheiten des neuen Tarifs erteilen die amtlichen Auskunftsstellen Auskunft. Auch werden, wie bisher, von den Auskunftsstellen und an den Fahrkartenschaltern unentgeltlich Merkblätter abgegeben, die die wichtigsten Bestimmungen für den Reiseverkehr enthalten.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Friede im Schneidergewerbe?

Ein bürgerliches Nachrichtenbureau berichtet: Der Niesenkampf im deutschen Herrenschneidergewerbe hat sein Ende erreicht. Am Donnerstag sollen nach einem Beschlusse des Arbeitgeberverbandes die Betriebe in allen von der Aussperrung betroffenen Orten wieder geöffnet werden. Zwischen den Hauptvorständen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisation haben in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden, deren Ergebnis der Beschlusse ist, daß sofort in allen von der Bewegung betroffenen Orten Verhandlungen zwischen den Filialen beider Verbände stattfinden sollen auf der Grundlage der Arbeitgebertarife. Man rechnet auf einen schnellen Abschluß dieser Verhandlungen, da es sich jetzt nur noch darum handelt, die einzelnen Positionen der Tarife entsprechend den Wünschen der Gehilfen zu erhöhen. Für Berlin sollen die Verhandlungen bis Sonntagabend dieser Woche beendet sein. Die Arbeit wird aber unabhängig von dem Verlauf der Verhandlungen schon am Donnerstag aufgenommen.

Von Arbeitersseite ist uns diese Mitteilung bisher noch nicht bestätigt worden, es spricht aber mancherlei für ihre Richtigkeit. — In Berlin sind jetzt die Konfektionschneider in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen den Abschluß eines Tarifs mit erhöhten Löhnen.

Zur Hafenarbeiter-Aussperrung. Wenn die Anzeichen nicht trügen, bereitet sich in Hamburg eine Verständigung zwischen Reedern und Schauerleuten vor. Nachdem die Organisation der Hafenarbeiter die schriftliche Erklärung abgegeben hat, daß der Beschlusse der Verweigerung der Nacharbeit bedingungslos aufgehoben sei, wurde über die vom Hafenbetriebsverein angebotene völlige Neuordnung der Arbeitsverhältnisse in Hamburger Hafen eine Besprechung mit dem Vorstehenden des Hafenarbeiterverbandes abgehalten, über deren Resultat jedoch noch nichts bekannt geworden ist. Heute, Mittwoch, wollen die

Organisationen der Reederei und der Schauerleute Beschluß über die gemachten Einigungsvorschläge fassen.

Aussperrung der Berliner Dachdecker in Sicht! Die Dachdeckermeister in Berlin hatten den streikenden Gehilfen das Ultimatum gestellt, am Dienstag die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, andernfalls sie am Donnerstag ausgesperrt würden. Die organisierten Gehilfen haben nun beschloffen, am Dienstag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, sondern den Streik fortzusetzen, so daß also am Donnerstag die allgemeine Aussperrung erfolgen wird. Davon werden ungefähr 900 Gehilfen betroffen.

Die Probe aufs Exempel. In unserer gestrigen Nummer haben wir die neuen Bestimmungen des Verbandes der Metallindustriellen über die Verhandlungen bei Lohnstreikigkeiten mitgeteilt. Die bei Seidel u. Naumann in Dresden ansässigen Metallarbeiter wollen nun prüfen, wie diese Bestimmungen in der Praxis wirken. Sie haben beschloffen, namentlich auf Grund des Beschlusses der Metallindustriellen in Verhandlungen mit dem Bezirksverband der Metallindustriellen einzutreten.

Im Widerspruch zu dieser Meldung steht folgende Nachricht, die wir in der Scherzpresse finden. Der Metallarbeiterverband der Industriellen für die Kreishauptmannschaft Dresden prüfte die Streiklage bei Seidel u. Naumann. Er erklärte, daß der Ausstand vom 3. an e gebrochen ist und daher unherabsetzt sei, und sagte, daß seine Vermittlung von den Streikenden abgelehnt wurde, der Firma weitgehende Unterstützung zu.

Lohnbewegungen und Streiks. In der Kesselfabrik von D. Schimmelbush in Kaiserlautern sind sämtliche Arbeiter, Schmelzer, Kesselschneider und Hilfsarbeiter, ausschließlich geworden. Schimmelbush lehnte die Forderung auf Erbauung einer Schmelzhalle sowie die Bewilligung einiger Pfennige mehr Lohn ab. Auch die Fabrikinspektion und das Gewerbeamt vermochten nichts zu erreichen. Wenn die Schmelze ihm 50 000 Mark pumpen wollte, wollte er die Halle bauen, sagte der gediegene Herr. Die Schmelze geduldet aber, ihn eines Besseren zu belehren. Zugut ist zu vermeiden. — In der Tuch- und Knutwollfabrik Ruhn u. Adler in Ludwigs-hagen haben die Arbeiter die Beschäftigung bedingungslos wieder aufgenommen. — In einer öffentlichen Versammlung verlangten die Schuher in Ludwigs-hagen eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Prozent, zehnjährige Arbeitszeit und Abschaffung des Kopf- und Logg-wesens. — In Leipzig sind bei der Firma Riquet u. Co., Schokoladen- und Kakaofabrik, in der letzten Zeit sämtliche organisierten Arbeiter entlassen worden. Auf die Frage nach dem Grunde ihrer Entlassung wurde ihnen mitgeteilt, daß sie wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisations nicht weiter beschäftigt werden könnten. Zugut ist zu vermeiden. — Die Fahrer der Dürrtopf- und Automobilroschen in Frankfurt a. M. haben den Betrieb wegen Lohnstreikigkeiten eingestellt. — In Mannheim sind die Bauarbeiter in den Ausstand getreten. — Die Dfseubacher Installateure und Klempner sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern neuwertigen Arbeitszeit und höheren Stundenlohn. — In Nürnberg haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der stark entwickelten Bäckere-industrie die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die 10stündige Arbeitszeit und eine 10prozentige Lohnerhöhung.

Die Maßregeln in Zürich sehen die nächste Woche im Streit. Zugut ist freilichs verboten, bis der Kampf beendet ist. — Die Bauarbeiter in Antwerpen sind in eine Bewegung eingetreten. Der Ausstand hat einen großen Umfang angenommen. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich bereits auf mehrere Tausend. — durchziehen demonstrierend die Straßen der Stadt.

Eine neue Paarung in Sicht. Das Erwachen der Natur scheint auch bei den gelben Gewerkschaften nicht spurlos vorübergehen zu sollen. Nächstens deutet eine kurze Notiz in dem offiziellen Organ der gelben Gewerkschaften darauf hin. Der Zentralrat der Fisch-Dunkerischen Gewerkschaft hat in einer kürzlich angenommenen Resolution ausdrücklich betont, daß er die gelben Gewerkschaften als Konkurrenz-Unternehmen betrachtet, ihnen die Existenz abspricht und demzufolge genau so bekämpfen wird, wie die freien Gewerkschaften.

Darauf gibt nun das Organ der „Gelben“ in seiner neuesten Nummer die Erklärung ab, daß sie den Fischern nicht nach dem Leben trachten wollen, vielmehr halten sie es für bedauerlich; daß der Gewerkschaften den Krieg unter den Arbeiterberufsvereinen herbeiführen wolle, die den Streik nicht als Selbstzweck betrachten. „Für die sozialdemokratischen Verbände wäre“, so sagt das Organ der „Gelben“, „eine solche Valgeret ein Hauptzweck“. Sie sollen aber diese Freude nicht erleben. Wir machen nicht mit. Wir stehen indessen der nicht-sozialistischen Arbeitervereine auf dem demokratischen Standpunkt der Dezentralisation: „Leben und leben lassen!“

Vorläufig nehmen sich die „Gelben“ die glatte Kränze der Fischerei nicht so sehr zu Herzen, aber wie lange wird es dauern, und die letzteren suchen Annäherung an die, die sie jetzt gramlos von sich stoßen. Die Situation sieht ähnlich wie bei den Wagnerparteiern vor den Reichstagswahlen.

W. In den Tod getrieben! Ende Oktober vorigen Jahres erreichte die schon lange genährte Erbitterung der Dresdner Arbeiterschaft über das Verhalten der Firma Seidel u. Naumann ihren Höhepunkt. Der Höhepunkt durch einen Vorfall, der mit erschreckender Deutlichkeit auf ein seit einigen Jahren bei dieser Firma gehandhabtes System hinwies. Die Arbeiter Schmeier hatte sich in 30-jähriger Tätigkeit bei der Firma vollständig aufgerieben, als er gezwungen war, sich krank zu melden und die Fabrikkrankenkasse in Anspruch zu nehmen. Bei geringem Verdienst hatte er eine Frau mit sechs Kindern zu ernähren. Die Arbeit, die er zu verrichten hatte, stellte an den mangelhaft ernährten Körper außerordentliche Anforderungen, die die Dauer nicht gewachsen war. Er war sechs Wochen krank und meldete sich Ende Oktober wieder arbeitsfähig bei seinem Vorgesetzten, dem Ladiermeister Schulze. „Ihr Platz ist besetzt!“ lautete ihm dem Munde entgegen. Der Arbeiter, der in seinem ganzen Leben keine andere Arbeitsstätte gehabt hatte als die, von der er jetzt mit einigen kurzen Worten weggejagt wurde, nachdem er seit seiner Schulzeit Jugend, Gesundheit, alles hingegen hatte, vermochte kein Wort zu erwidern. Er drehte sich langsam herum und ging. Bald darauf fand man ihn erhängt. Als er tot war, ging seine Frau zu dem Stadtrat Baumann in die Fabrik, um das Sargebäck zu holen. Von diesem wurde sie in der rohesten Weise angepöbeln. Ihr Mann hätte es ja zur Aussperrung auch nicht nötig gehabt, zu arbeiten, sie wolle sich wohl noch beschweren? „Da harrten Sie uns hier die Ohren voll und wollen schließlich noch die Pensionskasse in Anspruch nehmen!“ Empört vertiefte die Witwe die Stelle, an der ihr verstorbener Mann 20 Jahre lang gearbeitet hat; die Arbeitskollegen aber rührten sich zum schärfsten Protest gegen ein derartiges Verhalten. Das Begräbnis des toten Kollegen gestaltete sich zu einer Demonstration, wie man sie selten gesehen hat. Am 30. Oktober fanden sich die Arbeiter zu einer Protestversammlung zusammen. Die Handzettel, die zur Einladung dienten, enthielten die Worte: „Dreißig Jahre bei der Firma Seidel u. Naumann beschäftigt gewesen und dann in den Tod getrieben! Das ist das neueste Ergebnis der Unterwerfung!“ Dieser Handzettel war von dem Genossen Klinge gedruckt und von dem Herrmannmann der Metallarbeiter, Genossen Weinkampfen, verlegt. In der Protestversammlung unterzog Genosse Weinkampfen die Mitglieder bei der Firma eine vernichtende Kritik und machte die Firma für den Tod Schmeiers verantwortlich. Einige Spiegel hatten die Ausführungen des B. herumgebracht und den Direktoren so hinterbracht, als habe B. behauptet, die Direktion habe sich in den Tod getrieben. Wegen seiner angeblichen Behauptungen in der Versammlung und wegen des Handzettel

hatte sich B. deshalb vor dem Schöffengericht zu verantworten. Neben ihm nahm Kluge als Bruder Platz. Die Verhandlung, in der Rechtsanwalt Heine-Berlin als Verteidiger fungierte, förderte diese anstrengenden Vorgänge noch einmal — und diesmal gründlich — auf. Die Vernehmung ergab, daß die Firma seit der Zeit, wo ihr Direktor Ebdacher angehört, systematisch die Mitglieder und hauptsächlich die Vorstehenden des Arbeiterausschusses indirekt in a f r e g e l t, sofern sie um Abstellung von Mißständen vorstellig werden. Ebenso wurde durch die Forderung der angetragenen Wahrscheinlichkeit für die Behauptung, daß der Arbeiter Ebdacher infolge der ihm zuteil gewordenen Behandlung in den Tod getrieben worden war, vollständig erbracht. Der Schuldige ist der Leitermeister Schüge. Kluge konnte nicht nachgewiesen werden, daß er im Inhalt des Handzettels vorher gefasst hatte; er mußte deshalb freigesprochen werden. Ebenso wurde Verlangen von der ihm zur Last gelegten Verurteilung in der Versammlung freigesprochen, weil das Gericht annahm, daß sich die beiden Heugen geirrt haben können. Das Flugblatt brachte unsern Gewerkschaften aber 300 Mark Geldstrafe ein. Man könne beim Lesen derselben nur auf den Gedanken kommen, daß sich die darin enthaltenen Beschuldigungen auf die Direktion beziehen, während in Wirklichkeit nicht sie, sondern der Leitermeister Schüge der Schuldige ist. — Die Firma hatte ihre Arbeiter wie Soldaten behandelt; das Maß der Demütigung war jetzt erschöpft. Wenige Stunden vor der Verhandlung, die die Firma an den Kranger stellte, trat die Arbeiterkassette bei Scheel u. Stammann in den Streit! —

Die französische Regierung und der Generalstreik. Mit vielen Bedenken blickte die Regierung auf Paris: Gegenüber der von Vorstands des Verbandes der Arbeiter-Organisationen auf einen allgemeinen Streik abzielenden Agitation hat die Regierung die strengsten Maßregeln ergriffen. Die Führer des Syndicats der Volksschullehrer, sowie die Syndikate der Briefträger, Telegraphenboten und der unteren Postbeamten, die den öffentlichen Frieden gefährdeten, wurden in Haft genommen, und vor die zuständigen Disziplinargerichte verwiesen worden. Was den für Donnerstag angekündigten Ausbruch der Syndikate der Rohstoffindustrie anlangt, so hat die Regierung beschlossen, auf Grund des Strafgesetzes gegen sämtliche Anführer vorzugehen und gleichzeitig durch Zuziehung militärischer Kräfte dafür zu sorgen, daß es der Pariser Bevölkerung nicht an Lebensmitteln fehlen wird. Man ist übrigens überzeugt, daß die von den Führern der Syndikate ausgehenden Parole nur von einem kleinen Bruchteil der Arbeiter befolgt werden wird. Gerichte und Soldaten gegen Streikende, das ist das Rezept, das überall angewandt wird; in der Monarchie sowohl wie in der Republik. Aber überall gleich wirkungslos, das ist das Erfreuliche bei der Sache.

Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes zu Hannover.

Eine der wichtigsten Generalversammlungen, die zu Ostern tagten, war sicher die des Senefelderbundes (Verein der Lithographen, Steinbrücker u. v. A.). Galt es doch, neue Mittel und Wege zu suchen, um der Reichspräsidenten Rechnung zu tragen, dabei aber eine Zerstückelung möglichst zu vermeiden und die gewerkschaftlichen Grundzüge des Verbandes an erster Stelle zu belassen. Es war uns unmöglich, laufende Berichte von der Generalversammlung zu geben, bei dieser doch eine solche Fülle wichtiger Materialien, daß täglich ganze Seiten zur Verfügung gestellt werden müßten, die wir aber nicht entbehren konnten. Unsere Leser werden aber mit einem kurzen, zusammenfassenden Bericht um so mehr zufrieden sein, als in nächster Zeit eine Prospektur erscheint, welche die ganze Prospektgeschichte darstellt.

Vor der Generalversammlung tagte eine spezielle Lithographen-Konferenz, die wichtige Beschlüsse in bezug auf Agitation, Aufklärungsarbeit und Verbesserungsarbeit, und die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse sicher im günstigen Sinne zu fassen. Was besonders Interesse waren die Verhandlungen über die Forderung bis zum absehbaren Ende des Lithographenbundes. Die Verhandlungen der Konferenz liefen dem baldigen Zusammenstoß der Bundesverbände zu einer leistungsfähigen Organisation entgegen. Bei der folgenden eigentlichen Generalversammlung des Senefelderbundes waren die Vertreter der Lithographen, Photographen und Lithographen-Besitzer-Verbande anwesend, um den Zusammenschluß mit dem Senefelderbund zu protestieren. Der Zusammenschluß ist zur Notwendigkeit geworden und wird in absehbarer Zeit erfolgen. So seien wir die erwartete Erscheinung, wie eine weitere Zentralisation in derselben Zeit vorbereitet wird, wo die Gegner der Organisation eine weitere Zerstückelung erhoffen und beabsichtigen. Die Berichte über die Lohn-, Streik- und Verbesserungsarbeiten zeigen denn auch deutlich, wie die innere Kraft der Organisation ungebrochen erhalten blieb, und nicht nur einen großen Mitgliederzuwachs erzielte Resultate in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wurden. Unsere Leser erinnern sich noch der großen Lithographen- und Steinbrücker-Ausproberung des letzten Jahres, welche von dem Arbeitgeberverband des Berufes unternommen worden war, um die Organisation zu zerstören. Bekannt ist, wie im Moment des von den Unternehmern begonnenen Kampfes die Gewerkschaftsleute des Senefelderbundes auf Antrag von 31 Kollegen, welche sich das Recht auf Streik zu jedem beliebigen Zeitpunkt vorbehalten. Diese Schandtat sollte den kompromittierten Kollegen dem Willen der Schwerkinder auslösen, aber nicht anders. Dann dem Kampfgeist der Ausgeproberten, die Solidarität der Kollegen, welche insbesondere bis zu vier und fünf Mark Gehalt erlitten, sowie der Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeiter, wurde der Kampf siegreich für die Gewerkschaftsorganisation beendet. Die selben Schwerkinder, welche den Senefelderbund zerstören wollten, trugen einen Friedenstreiber, der kompromittiert, der neben Lohnforderungen um die allgemeine Unterstützung der arbeitenden Arbeiter für Lithographen und Steinbrücker für Steinbrücker tagte. Mit Genugtuung wurde folgendes von der Generalversammlung konstatiert worden: Die auch erwartete Berichte über die Forderung der Lithographen- und Steinbrücker-Berichte gegeben werden konnten. Und diese Berichte, welche über den streikenden Arbeiter die wichtigsten Nachrichten brachten, die nun gegebungen werden. Auf jede gewerkschaftliche Tätigkeit ist zu verzichten. Das war der Wille der in dem Streik befindlichen Kollegen, die in den streikenden Augen der Arbeitgeber. Das wurde dem Senefelderbund mitgeteilt, aber nicht nur als ein Zeichen der Anerkennung, sondern auch als ein Zeichen der Anerkennung, welche die Gewerkschaften in dem Streik fanden. Mit dem Jahren machte sich die Verarmung der Arbeiterorganisationen und die Einseitigkeit der Arbeiterorganisationen geltend, welche die Arbeiterorganisationen in der Lage setzten, kampfbereit aber um die in dem Streik befindlichen Kollegen- und Arbeiterorganisationen der Bundesorganisation zu kämpfen. Die Verarmung der Arbeiterorganisationen wurde durch die Verarmung der Arbeiterorganisationen und die Einseitigkeit der Arbeiterorganisationen geltend, welche die Arbeiterorganisationen in der Lage setzten, kampfbereit aber um die in dem Streik befindlichen Kollegen- und Arbeiterorganisationen der Bundesorganisation zu kämpfen.

nahme den Unterstufungsstellen (Stranzen-Buchh., Witwen- und Invaliden-Unterstützungsstellen) bei, deren Zahl belief sich auf über 6000, trotz der höchstlichen Beitragserhöhung von 60 Pf. auf 1,20 Mark. So war der leistungsfähige Bund entstanden. Aber 31 Mann, welche nur dem früheren Unterstufungsbezirk angehörten, wollten an gewerkschaftlichen Aufgaben nicht teilnehmen, sie suchten noch einen kleinen Teil von Anhängern und lagten gegen den neuen Bund. 31 Mann erhielten gegenüber dem Willen von 16 000 recht. Durch Reichsgerichtsurteil wurden die Beschlässe der Vorinstanzen bestätigt, und dem Senefelderbund jede gewerkschaftliche Tätigkeit untersagt. Der Hauptvorstand des Bundes wollte nun die Kläger und ihren Anhang von jedem Zwang zur Mitwirkung an gewerkschaftlichen Bestrebungen befreien und die selben als Gastmüßiger nur den Unterstufungsstellen zuweisen. Damit sollte eine Zerstückelung vorgebeugt werden. Es hätte sich dann das gütliche Schauspiel ergeben, daß im Streitfall Mitglieder, die sich des Streikbrotts schuldig gemacht hatten, nicht aus den Unterstufungsstellen ausgeschlossen werden konnten, nein, es mußte denselben noch Reiseunterstützung gewährt werden, damit dieselben nach Bergenslust im Lande herumfahren konnten, um ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Trotzdem hätte man, um ihren Willen zu erhalten, in diesen sauren Äpfeln gegessen, indem die Kläger gar nicht so schlimm ansahen, als sie es wirklich sind, und man von der Wirkung der Zeit Befreiung erhoffte. Aber die Generalversammlung wußte einstimmig die vollständige Trennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit von dem Bunde beschließen, da inzwischen ein Schreiben der 31 Kläger eingelaufen war, welchem sich ein Schreiben des Reichsbeistandes der Kläger angeschlossen, welches bestimmte Forderungen enthielt in bezug auf die neuerschaffenden statutarischen Bestimmungen. Aus diesem Schreiben war nun ersichtlich, daß die Kläger nichts mehr oder nichts weniger wollten, als die völlige Unterwerfung jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit. Der Bund hatte seinen Schicksal abgeurteilt. Völlig unter dem Willen der paar Kläger sollten sich die 16 000 gewerkschaftlichen Kollegen beugen, natürlich im Interesse der Unternehmer mit. Deshalb beschloß die Generalversammlung, den alten Bund mit der Unterstufungsstelle beizubehalten, der einen Gegenständigkeits-Vertrag mit einem neu zu gründenden Gewerkschaftsverband abzuschließen habe. Die Gewerkschaftsliste wurde völlig abgetrennt. Im Falle einer neuen Klage ist der Hauptvorstand verpflichtet, sofort die Liquidation des alten Verbandes in die Wege zu leiten.

Infolgedessen an diese Generalversammlung blieben dann die Delegierten und weitere Kollegen aus ganz Deutschland zusammen und gründeten in Rahmen eines besonderen Kongresses sofort die neue Gewerkschaftsorganisation, die auch sämtliche Unterstufungsabteilungen des alten Bundes einführte. Durch Gegenständigkeitsvertrag wird die Unterstufungsstellen dem alten Bunde übertragen, und im Falle der Liquidation desselben wird allen in den neuen Verband übergetretenen Mitgliedern die volle Unterstufungsleistung garantiert, ebenso werden alle Witwen und Invaliden vom alten Bunde übernommen und nach Beendigung der Liquidation vollberechtigt weiter unterstützt, überhaupt sind alle Vorkehrungen so getroffen, daß in jedem Falle alle bezugsberechtigten Mitglieder ihre Rechte gewahrt erhalten. Sicher werden es nur verschwindend wenige Kollegen sein, welche dem neuen Verband nicht beitreten, es ist nun aber der Weg gefunden, auf welchem allen Gewährungen gewerkschaftlicher Tätigkeit aus dem Wege gegangen wird. Verlegt kann nur der alte Verband werden, der neue ist vor solchen Anfeindungen gesichert. Die gewerkschaftliche Tätigkeit der deutschen Lithographen und Steinbrücker, sowie deren Berufangehörigen, kann nicht mehr von einzelnen Nachfolgern unterbunden werden; im neuen Verbande ist die gegenwärtige Unterstufungsleistung des alten Bundes neu erlangt, und in einem festen Geisse mit der Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Tätigkeit gesichert. So das Arbeiten der Generalversammlung und 3 Kongresses, welche letzterer unter Leitung der Marxstraße geschlossen wurde. Wünschen wir dem neuen Verband fruchtbringende Tätigkeit.

Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

b. Leipzig, 8. April. Die Verhandlungen des Verbandstages beginnen am 8. April und werden voraussichtlich am 13. April beendet sein. Dem gemäß vorliegenden ausführlichen Geschäftsbericht des Vorstandes und Protokoll über die Jahre 1905 und 1906 entnehmen wir folgendes interessante Material: Die Mitgliederzahl ist in den beiden Berichtsjahren von 22 559 auf 36 626 gestiegen, eine Steigerung um 60 Proz. Allerdings wird es wohl kaum noch eine zweite Gewerkschaftsorganisation geben, in der — wie in dieser — die Fluktuation der Mitglieder eine so große ist. So wurden zwar 27 331 Mitglieder im Jahre 1906 neu aufgenommen, aber nur 13 767 blieben im Verband, im Verlust von 60 Proz. Die Fluktuation wurde durch die gewerkschaftliche Streikfreiheit, einmal in Folge der Vergehen gegen das Vereinsgesetz und 3mal in Folge der Vergehen, welche eine Gesamtansgabe von 6123 Mark verursachten. Maßregeln zur Unterbrechung wurde in 93 Fällen in Höhe von 2316 Mark gesetzt. Dazu kommen aber noch 2100 Mark für Mitglieder, die nach Streik oder Ausbesserungen nicht in Arbeit treten konnten. In den gewerkschaftlichen Unterstufungsstellen in Berlin nahmen die acht angeführten Mitglieder teil, was eine Ausgabe von 1279 Mark verursachte. Der Geschäftsbericht empfiehlt, eine gewisse Summe für Bildungszwecke in den Etat der Organisation aufzunehmen. Vorkommnisse wurden im Jahre 1905 102, und zwar in 51 Orten von 13 799 Personen geführt, im Jahre 1906 aber 132 Vorkommnisse in 27 Orten und mit 25 791 Kollegen. Die 258 Vorkommnisse ohne Streik im Jahre 1906 brachten für 97 Kollegen nur 2064 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 1559 Kollegen mehr Wochenlohn von 2529 Mark. Die 11 Vorkommnisse, wovon nur 9 erfolglos waren, brachten im Jahre 1905 für 259 Kollegen pro Woche 5227 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 673 Personen 11002 Mark mehr Lohn pro Woche. Vorkommnisse wurden 12 im Jahre 1905 und 7 im Jahre 1906 geführt. Die 69 Vorkommnisse ohne Streik im Jahre 1906 ergaben für 5915 Kollegen 10 553 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 715 Kollegen 17 973 Mark mehr Lohn pro Woche. Die 37 Vorkommnisse desselben Jahres brachten an Erträgen (nur 8 waren erfolglos) für 1516 Kollegen 6525 Stunden Arbeitszeitverlängerung und mehr an Wochenlohn 52 555 Mark für 11 483 Kollegen pro Woche. Von Ausbesserungen wurden insgesamt 659 Mitglieder im Jahre 1905 und 1706 Personen im Jahre 1906. Die Gesamtansgaben der Lohnkämpfe betrugen in den beiden Berichtsjahren 257 160 und 368 238 Mark. Die Verbandseinnahmen sind von 614 090 Mark im Jahre 1905 auf 850 632 Mark im Jahre 1906 gestiegen, ebenso die Gesamtansgaben von 396 959 Mark auf 513 321 Mark. Das Verbandsergebnis beträgt am Schluß des Jahres 1906 316 713 Mark. In den Mitteln liegt dann noch ein Verlangen von 190 255 Mark. Als erteilten Bericht teilt der Bericht noch mit, daß das Vereinsorgan an dem allgemeinen Aufstieg mit teilgenommen habe. Bereits im März 1906 wurde zum erstenmal eine Auflage von 40 000 erreicht, die im 2. Quartal 1907 sicher auf 50 000 steigen wird.

ginge den Verband, eine Hilfskraft anzustellen. Auch für zwei andere Kollegen, die als Hilfsarbeiter in Betracht kämen, würde sich die Anstellung empfehlen. Ueber den Kassenbericht haben wir bereits Angaben gemacht. Wentele-Hamburg beklagt lebhaft, daß die Mitglieder für die Monatsbeiträge der Ertragsbeiträge als Minution für die Kämpfe nicht das nötige Verständnis zeigten. Das Vermögen sei im Verhältnis zur Mitgliederzahl gesunken. Die Generalversammlung müsse in dieser Richtung Verrückung schaffen. Der Bericht des Ausschusses ergab im allgemeinen keine die Öffentlichkeit interessierende Einzelheiten. Nur folgendes heben wir hervor. Bei der Maifeier im Jahre 1906 wurden in Berlin die Redierer in den Fabriken, wo die Arbeitsruhe beschaffen worden war, gezwungen, aus Solidarität mitzumachen. Die Redierer wurden dann gemahregelt und es entstand daraus eine Kasse. Der Vorstand und Ausschuss lehnte die Maßregelungs- und Streikunterstützung ab, und der Ausschuss beschloß auf eine Beschwerde der Berliner Filiale die Vorstandseinführung. Wohl hätten die internationalen Arbeiterkongresse Beschlüsse über die Arbeitsruhe am 1. Mai gefaßt, aber der Verband könne sich nicht von andern Dingen vorzeichnen lassen, die ihm Geldausgaben aufzwingen. „Sollen wir denn den Unternehmern am 1. Mai Gelegenheit geben, unsere Kollegen zu einer unangelegenen Zeit auszusperren; sollen wir unser Geld ausgeben für eine solche nutzlose Demonstration, nutzlos für unsere Organisation?“ Im übrigen werde sich ja der internationale Kongress in Stuttgart mit der Maifeierfrage beschäftigen. Redner tritt dafür ein, daß die Gehälter der Vorstandsbeamten gegenüber den der Gauleiter und Filialbeamten erhöht werden. Die Nachmittagsung wird ausgefüllt mit der Debatte über die Berichte des Vorstandes, Ausschusses, der Redaktion und der Preis- und Beschwerdebekommmission. Besonders lebhaft wenden sich verschiedene Delegierte gegen die Auffassung Leinerts in der Maifeier-Unterstützung. Heider-Hamburg wendet sich gegen die Fassung des Sachorgans. Es müsse mehr geschehen, um revolutionäre Energie in die Köpfe unserer Mitglieder zu bringen. Haune-Bremen: Zum politischen Massenstreik hat unser Sachorgan weder nach links, noch nach rechts Stellung genommen. Das dient niemand und schafft keine Klarheit. Auch hat es an der Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai gefehlt. Allgemein weisen die Delegierten darauf hin, daß es jene Doppelhaltung gegenüber der Maifeier, wie sie Leinert äußerte, nicht geben darf. Man könne doch nicht als Sozialdemokrat für und als praktischer Gewerkschafter gegen die Maifeier sein. Sachorgan hatte keinen Anlaß, in der Streikfrage „Partei und Gewerkschaft“ durch Aufnahme der von der Generalkommission verfaßten Artikel den Kampf der Generalkommission zu machen. Nunmehr erwidert Leinert, daß man seine Ausführungen falsch verstanden habe. Gesagt und gemeint habe er mit seinen Ausführungen, daß doch internationale und auch Parteifrage nicht darüber bestimmen können, wer die Unterstufungen für die wegen der Maifeier Gemahregelten zu zahlen hat. Davon könne keine Rede sein, daß er — Redner — Gegner der Mai-Demonstration sei. Töbler: Nicht um die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai handelt es sich hier, sondern vor z a h l t. Wir können unmöglich alle wegen der Maifeier Gemahregelten unterstützen, es sei denn, daß der Beitrag eine schwindelnde Höhe erreichte. Das Sachorgan habe wohl eine Reihe allgemein wissenschaftlicher Aufsätze gebracht, aber nicht in genügender Weise gewerkschaftliche Auffklärung in Artikeln gebracht. Wir brauchen mehr gewerkschaftliche Praxis in den Artikeln unsres Sachorgans, das allgemein verbessert werden müsse. Die Verhandlungen werden darauf bezagt.

Verbandstag der Bauarbeiter.

Hamburg, 9. April. Der neunte Verbandstag der bauseverlichen Hilfsarbeiter Deutschlands wurde am Sonntag in Hamburg im großen Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Vorsitzende des Hamburger Zweigvereins, Hüfmeier, begrüßte die Delegierten und Gäste im Namen der Hamburger Kollegen. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Gust. Behrend, begrüßte die ausländischen Gäste aus Ostpreußen und gleichfalls den Reichstagsabgeordneten Bömelburg, der den Zentralvorstand der Maurer vertritt. Nachdem das Bureau gewählt, die Tagesordnung festgestellt, die provisorische Geschäftsordnung anerkannt und einige Kommissionen eingesetzt sind, wird die Vorberhandlung geschlossen. Daran schließt sich ein Kommerz zu Ehren der Delegierten. In der Sitzung vom Montag vormittag wurde zunächst das Andenken einiger verstorbenen, um die Organisation besonders verdienten Kollegen — darunter Georg Hamann-Hamburg — in der üblichen Weise gelehrt, sodann ergänzte der Verbandsvorsitzende Behrend den Vorstandsbericht und erörterte eingehend die Frage der Kartellverträge mit andern Verbänden, die bei richtiger Auslegung und Anwendung geeignet seien, das Zusammenarbeiten der verschiedenen Branchen gegenüber dem koalitierten Unternehmertum zu erleichtern und wirksamer zu machen. Der Verbandstag müsse sich darüber äußern, ob er nach wie vor die einheitliche Organisation von Maurern und Bauhilfsarbeitern für notwendig halte. Der Ueberweisung der Mitglieder an den Fabrikarbeiterverband habe aus rechtlichen und praktischen Gründen zugestimmt werden müssen. Zum Kassenbericht gab der Hauptkassierer Lange einige Erläuterungen und mahnte die Saummeligen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere erwarte er um eine stärkere Kontrolle, damit keine Beunruhigungen vorkommen könnten und dabei, daß vielfach nicht dem verdienten Lohne entsprechende Beiträge gezahlt würden. Die weiteren Berichte entbehren des öffentlichen Interesses. Der Redakteur des Verbandsorgans, Töpler, verweist auf den gedruckten Bericht. Aus dem Bericht der Preiskommission ist ersichtlich, daß diese sich in der Beschwerde Kröschl-Adlins anlässlich der Erörterung des „Vormärts“-Konflikts in der Hauptsache auf Seite der Redaktion gestellt hat. Wie Pomeranze-Hamburg als Vertreter der Revisoren konstatierte, ist die Kassenführung in allen Teilen in tadelloser Ordnung befunden worden. Die bei diesem Punkte zur Beratung stehenden Anträge betreffen außer verwaltungstechnischen Fragen, Herausgabe fremdsprachiger Flugblätter, Errichtung einer Wanderbibliothek, Bekämpfung des Alkoholgenusses durch Presse und Verammlungen, Festschließung des Kartellvertrages mit den Maurern, Regelung der Arbeitsfrage, Gründung eines Syndikatverbandes usw. In der Nachmittagsung wird das Resultat der Mandatsprüfung mitgeteilt. Es ergibt die Anwesenheit von 132 Verbandsterritorien auf dem Verbandstag, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden. Die Diskussion über die Vorstandsberichte wird fortgesetzt. Rojker-Dresden, Wende-Elbing (Gauleiter), Reineke-Leipzig und andre beschäftigen sich besonders mit den Kartellverträgen und dem Bestreben der Maurer, die Zementarbeiter in ihre Organisation hineinzuziehen. Die Debatte wird durchaus sachlich geführt und Rojker findet Beifall, als er ausführt, wenn der Kartellvertrag mit den Maurern zu 75 Proz. sich betrahtet, so zu 25 Proz. sich nicht betrahtet habe, so dürfe man die vorgefallenen Mißlichkeiten nicht verallgemeinern. Bömelburg geht auf die Fragen, welche die Zementarbeit, den Kartellvertrag und die Verschmelzung behandeln, ein. Wenn teils die Maurer befreit sind, die Zementarbeiter zu ihrer Organisation hinzuzuziehen, so treffe dasselbe mindestens in demselben Maße auch auf die Bauhilfsarbeiterorganisation zu. Er siehe nach wie vor auf dem Boden, daß die gelehrten Arbeiter der Zementbauindustrie in den Maurerverband und die Hilfsarbeiter zu den Bauhilfsarbeitern gehören. Es gibt in der Zement-

Der Tyrann von Salta.

Er ist einer von vielen, der Oberst Dumbadse, der Gouverneur und Despot der schönen Stadt Salta in der Arim. Er ist unter den vielen Jarenhunden noch lange nicht der schlimmste. Aber man mag einmal lesen, was der „Berner Bund“, ein bürgerliches Blatt, über seine Taten nach dem Bericht der Bernerin Bili Haller mitzuteilen weiß:

Es war am 26. Februar, mittags um 1 Uhr, da geschah das, was man im stillen längst vorausgesehen hatte: Auf dem Obersten Dumbadse wurde ein Attentat verübt. Mit dem Namen Dumbadse ist für Salta, den sonst so blühenden Fremdenort in der Arim, Schrecken, Jammer, ja der Ruin verbunden. Starrsinn, Rücksichtslosigkeit, Ignoranz und eine bis zur Tobsucht gesteigerte Herrschmut vereinen sich in ihm; ein Mensch, der keine Schranken kennt, mit den Instinkten eines Wahnsinnigen!

Seit seinem Erscheinen in Salta ist keine Stunde vergangen ohne Bangen und Zittern der Bevölkerung, er kann alles und er will alles. Den größten und intelligentesten Teil Saltas hat er ausgewiesen, die Hotels und Bäder sind leer, Priester, Beamte, Lehrer wurden ihrer Stellen entsetzt. Wohlthätigkeitsinstitute, Spitäler mußten ihre Armen und Kranken entlassen, da infolge der Mißwirtschaft die Mittel versagten. Das bloß als Kurort existierende Salta ist in eine Einöde verwandelt, aus der selbst Sterbende verbannt wurden, die schon während des Transports aufs Schiff den Geist aufgaben.

Und zudem werden alle diese gequälten Menschen noch in der brutalsten Weise von Dumbadse verhöhnt: Jede Woche einmal läßt er unter den Klängen der Militärmusik die berüchtigten Mitrailleur durch die Straßen führen und im hellen Sonnenschein des Südens erglänzen die Köpfe der kleinen, eleganten Mordinstrumente. Salta soll keinen Augenblick vergessen, daß sein Schicksal in Dumbadses Hand liegt. Er selbst zeigt sich nie allein, sondern begleitet von 8 bis 10 Soldaten; er reitet auf weißem Rosse, ein alter Mann mit kurzen Stutzbart und kleinen Augen; man wendet sich ab, wenn man ihn kommen sieht, und man zwingt die Lippen, um nicht zu fluchen.

Am 20. Februar war die Eröffnung der Reichsduma; Salta hoffte für diesen Tag auf das Eintreten günstiger Umstände, man glaubte, der drückende Kriegszustand würde gehoben und Dumbadse abberufen. Aber nichts trat ein, und die Verbannten durften noch nicht zurückkehren. Da dröhnte es am 26. Februar um 1 Uhr von der großen Chaussee her; es war ein Laut, kurz, trocken und furchtbar, der charakteristische Knall einer geplatzten Bombe. Die Stadt erstarrte, und doch kam es niemand in den Sinn, zu fragen, was geschehen war: Das konnte nur ein Attentat sein und ein Attentat nur auf Dumbadse. Man wartete. Bald trafen auch die ersten Nachrichten ein: langsam kam ein Wagen mit dem blutüberströmten Kutsher des Obersten. In wenigen Sekunden mußte man alles: Dumbadse war wie gewöhnlich um dieselbe Stunde die Chaussee von Livadia her gefahren; dort, wo der Weg eine Biegung macht, stand eine hübsche, weiße Villa im Schatten dunkler Zypressen, und als er da vorbeifuhr, ertönte aus einem der

oberen Fenster ein Schuß. Kaum hatte er Zeit, den Kopf zu heben, als vom Balkon der Villa her in großem Bogen etwas dahersauste. Ein tiefes Loch in die Erde bohrend, plätschte die Bombe unter dem Wagen des Obersten mit solch entsetzlichen Knall, daß die ganze Umgebung erzitterte und die Fenster Scheiben zu Glasstaub zerbarsten. Der Wagen war zerstört, beide Pferde von Bombensplittern förmlich zertrümmert, ein Offizier, zwei Soldaten, der Kutsher verwundet — Dumbadse selbst aber hatte bloß an seiner Mütze die Kofarde verloren. Und wie er nach dem ersten Schrecken wieder auf den Füßen stand, da fing er an, mit kreischender, von Wut beinahe erstickter Stimme seine Befehle zu erteilen. Sein zorngefüllter Haß richtete sich gegen das Haus, das den Täter beherbergt hatte. Sofort befahl er, die Villa zu umzingeln. Da stürzte aus dem Innern ein junger Mann hervor. Ein Soldat verwehrte ihm den Weg. So rannte er wieder zurück die Treppe empor, und wie man nach einer Minute hinaufstieg, fand man ihn am Boden ausgestreckt mit durchbohrter Schädel — das war der Täter, ein vierundzwanzigjähriger Mensch mit kraftvollen Gliedern; nach 15 Minuten war er tot.

Unten vor dem Hause brüllte indessen Dumbadse in wahnwitziger Majerei: „Bringt Petroleum her, es soll in diesem Hause kein Stein auf dem andern bleiben!“ Umsonst versuchte man ihn von seinem Vorhaben, die Villa einzuzüchern, abzuhalten, er schrie als Antwort: „Ich bin hier Herr, die ganze Straße sollte dem Erdboden gleichgemacht werden! Bringt Petroleum!“ Zwei Fass voll wurden herbeigebracht, und die weiße Villa wurde an allen vier Ecken angezündet. Aber noch war es nicht genug; in den Brand hinein jandte er seine Soldaten: „Reißt nieder, vernichtet, schlägt alles ein!“ schrie er ihnen zu. Und mit dem Säbel hieben die Soldaten auf die Zypressen ein im Garten, rissen die Säune nieder, zerstampften die Hecken. Kein Möbelstück durfte hinausgetragen werden, Bilder, Möbel, Klavier, alles wurde verbrannt. Als ein Dienstmädchen bat, ihre Schließel zu retten zu dürfen, wurde ihrer Bitte kein Gehör geschenkt; Dumbadse selbst stand vor dem brennenden Hause bis 8 Uhr abends, er wollte nicht eher von der Stelle, als bis er die Mauern einstürzen sah. Und wie der Abend sich senkte, erwartete seine Wut von neuem. „Vorwärts, ins Nachbarchaus!“ kommandierte er. Mit Säbeln, Steinen und Stangen zerschlugen die eindringenden Soldaten die Fenster einer zweiten Villa, die gegenüber stand; sie zertrümmerten, vernichteten, raubten und plünderten bis zum Morgengrauen. In der Nacht fielen sie noch über einen Kramladen her, der sich in der Nähe befand, stahlen dem Eigentümer, einem armen Griechen, 300 Rubel und steckten hierauf den Laden in Brand.

So hörte Oberst Dumbadse. Am andern Morgen strömte das Volk den Weg hinauf, um sich die Verwüstung anzusehen. Es gibt Optimisten, welche glauben wollen, Dumbadse könne seiner Willkür wegen zur Rechenenschaft gezogen werden. Im Grunde aber wissen alle, was erfolgen wird: Der Oberst wird zum General befördert, bekommt einen Orden, begleitet von einem Dankschreiben der Regierung, und wenn er ein zweites Mal seinem Schick-

sal entgehen sollte, läßt er nicht nur ein Haus, sondern die ganze Stadt einäschern — warum sollte sich ein russischer Nachbaber derartige Wutorgien nicht gönnen?

Auf das Danktelegramm des Jaren hin für die geleisteten treuen Dienste antwortete Dumbadse mit folgenden Worten: „Ich und meine mir treuen Schützen schwören beim uns heiligen Namen Ihrer kaiserlichen Majestät, daß wir wie bisher Ihnen unentwegt treu dienen wollen, angebeteter Zar! Ich und der mit mir getroffene Offizier, sowie auch die Schützen, fühlen uns kräftiger, da wir erfüllt sind von höchster Freude über Ihre gnädige uns geschenkte Aufmerksamkeit, für die wir alleruntertänigst und mit Tränen danken.“

Der Verüber des Anschlags wurde eingescharrt, dem Kutsher mußte ein Auge ausgenommen werden, die weiße Villa ist dem Erdboden gleichgemacht. Dumbadse zeigt sich wieder hoch zu Ross und wütet weiter . . .

Bermischte Nachrichten.

* **Lebendig begraben.** Professor Dr. Max Breitang-Stobung schreibt im neuesten Heft der „Deutschen Medizinzeitung“: Seitdem ich im Jahre 1886 meine Artikelserie über den Scheintod in der „Deutschen Medizinzeitung“ veröffentlicht habe, welche dann später in Buchform erschienen ist, habe ich bis zum heutigen Tage fortgesetzt Mitteilungen über Scheintod erhalten. Diese Zusammenfassungen sind zunächst von Interesse in dem Sinne, daß sie zeigen, welche ernste Teilnahme der Sache entgegengebracht wird. Sodann zeigen sie die gewaltige Macht der Presse, denn sie kommen aus allen Teilen der Welt. Das Material, welches ich in den 20 Jahren gesammelt habe, ist außerordentlich groß und hat mich gelehrt, bei jeder Einfindung mit ziemlicher Leichtigkeit zu beurteilen, ob es sich um eine neue oder eine nur wieder aufgewärmte alte Geschichte handelt. Der Unterschied über die Vorwissenheit beschränkt sich allernächst nur auf die Ortsangabe und das Milieu. Dieses Jahr ist es eine Witwe in Süditalien, das nächste ein Bauer in Rußland oder ein Ortsvorsteher in Kanada. Ich hatte nämlich durch meine fortlaufende Kontrolle der Presse die Ueberzeugung gewonnen, daß die Scheintodberichterstattung für ihre Notizen ebensogut einen Reconnaitance hatten, wie für die Notizen über den ersten Weltkrieg, den Frühlingsanfang, die Steuerdeklaration usw. Ich hatte die Möglichkeit, lebendig begraben zu werden, in einem Kulturlande für ausgesetzt zu sein. Um so mehr darf die Auffassung nicht ruhen. Die Frucht besteht und wird bestehen, solange es Menschen gibt. Außerdem sorgen ja Romane dafür, daß sie nicht einschläft und nicht zum wenigsten die große Richtung Shakespeare's „Romeo und Julia“ . . . Die Frage der Frucht vor dem Lebendigbegrabenwerden hat allen Anspruch darauf, ernst, sehr ernst genommen zu werden, denn sie quält viele, sehr viele Menschen ganz entsetzlich und . . . nicht allein solche schwachen Geistes. Die Verfügung der Feuerbestattung ist gewiß in 80 Prozent — wenn nicht mehr — darauf zurückzuführen. Was nun die immer und immer wiederkehrende Mär von dem Erziehen im Grabe anlangt, das immer und immer wieder der große Unbekannte, der zufällig vorbeigeht, hört, so hat das Experiment längst die Unmöglichkeit des Hörens nachgewiesen. Im Interesse der Sache bitte ich gelegentlich folgenden Versuch zu machen: Man lege in einem Zimmer einfach drei oder vier oder fünf Menschen nebeneinander auf den Fußboden — also ganz frei und nicht sieben Fuß unter der Erde! — und bedecke jeden mit einem den Sargdeckel markierenden Verhüllungsstoff. Man beauftrage einen der Liegenden, an seinem Deckel zu klopfen, und man wird die merkwürdige Erfahrung machen, daß fast nie, weder von den an Boden Liegenden, noch von den anwesenden Umstehenden erraten wird, wo es geklopft hat. Läßt man den Raum dunkel machen, so hört überhaupt jede Ortsbestimmung auf. Die Rich-

Fenileton.

(Nachdruck verboten.)

Schiffer Worsle

Erzählung von Alexander L. Kelland.

Unter Mitarbeit des Verfassers übersezt von Dr. Friedrich Leskien. (54. Fortsetzung.)

Aber das Gerücht selber spaltete sich in zahllose Varianten. Einige sagten, sie wäre in Zieherphantasien aus dem Bett gesprungen, sie hätte im Nervenfieber gelegen, während Madame Lorvestad in der Versammlung und das Mädchen ausgegangen war. Andre murmelten nur und schüttelten die Köpfe.

Und diese wurden allmählich immer zahlreicher. Das waren die, die meinten, da habe es sich wieder einmal gezeigt, was unter den „Heiligen“ im Schwange sei. Henriette Lorvestad hatte sich das Leben genommen, das galt bald als ausgemacht; sie sollte ein Kind erwarten, oder die Mutter wollte sie zwingen, Erich Pontoppidan zu nehmen; ja, die Mutter, die eifersüchtige Madame Lorvestad, hatte die Schuld, sie und die Gaugianer, die finsternen, heimtückischen Gaugianer, die weder sich selber noch andere eine Freude gönnten; die hatten das arme Mädchen getötet, sie, die nur Böses über die Stadt brachten; darum war es hier so häßlich und ungemütlich, als ob ein Fluch auf dem Orte läge — Leichen trieben auf den Wogen und heulend folgte Sturm auf Sturm ohne Aufhören, als sei der Tag des Gerichts nahe.

Viele mußten auf die Straße hinaus, so sauer es ihnen fiel, um ordentlichen Bescheid zu erhalten. Sie fanden einen Haufen Menschen um ein paar schäbsterne Laternen auf dem Markte versammelt.

Die Gaugianer traf die Nachricht, als sie eben aus der Versammlung nach Hause gekommen waren.

Sibert Jesperien zog den Ueberrock wieder an, schlug den Kragen hoch und eilte durch die dunklen Straßen zu Madame Lorvestad.

Aber noch andre als er wagten sich hinaus. Aengstliche Männer und Frauen der Gaugianer hatten Furcht mit dieser Neuigkeit, die bei ihnen allen das schlechte Gewissen weckte, allein zu Hause zu sitzen. Sie nahmen ihren Mut zusammen

und gingen aus, um Gewißheit zu erhalten und zu hören, wie die Aeltesten es aufnahmen. In den Straßen am Markte trafen sie mit andern zusammen; aber an Madame Lorvestads Ecke, am Vorsegelbän, hatten sich bereits eine Menge Menschen mit Laternen versammelt.

Jedesmal, wenn ein Gaugianer vorbeiwollte, leuchteten sie ihm ins Gesicht und riefen unter höhnenden Worten und Witzeln seinen Namen. Sie mußten Umwege machen, um hineinzugelangen. An der Tür standen ein paar von den Fremden, die öffnete, wenn eine bekannte Stimme Einlaß begehrte, und die Tür rasch wieder schloß.

Drinneen fühlten sie sich sicherer, denn der Worsle-Hof war wie eine Festung im Biered gebaut mit einem Hofraum in der Mitte.

Aber hier herrschten Schrecken und Verwirrung. Es hieß, Madame Lorvestad habe den Verstand verloren. Sie saß steif neben dem Bett und sah auf das niedertropfende Wasser; niemand durfte die Leiche anrühren. Der alte Färber war bei ihr; andre ertrug sie nicht.

Und im Hauptgebäude lag Jakob Worsle und kämpfte seinen letzten Kampf mit dem Teufel. Er lag in einer Kammer nach dem Hofe hinaus. In den Stuben nach dem Markte getreten sie sich nicht Licht zu machen, um die Menge draußen auf der Straße, die immer mehr anwuchs und von Zeit zu Zeit ein drohendes Murren hören ließ, nicht noch mehr aufzuregen.

Nach und nach fanden sich die meisten bedeutenden Männer und Frauen des gaugianischen Kreises zusammen. Sie gingen mit blassen Gesichtern ängstlich und bestürzt herum; es fehlte ihnen ein Führer; und unterdessen wuchs der Sturm, daß das Haus erzitterte.

Jakob Worsle lag mit gelbem, schmerzverzerrtem Gesicht im Bett. Mehrere Tage lang hatte er heftige Schmerzen gehabt; jetzt war es, als ob alles miteinander allmählich nachlasse, und sowohl der Arzt wie die weiße Frau hatten erklärt, es werde seine letzte Nacht werden.

Aber noch war der Kampf nicht zu Ende. Das konnte man an seinen Augen sehen, die unruhig von einem zum andern wanderten, wenn Sara draußen war. Bisweilen schrien eine große Angst über ihn zu kommen, er warf sich hin und her, murmelte etwas, was niemand verstand und rang die Hände.

„Er ist vom Teufel besessen,“ sagte eine von den Frauen. Und diese Meinung fand bei den meisten Eingang. Einige fingen an im Gesangbuch, in der Bibel oder in den vielen kleinen Büchern nach solchen Gebeten und Hülfern zu suchen, die für den Fall bestimmt waren, daß einer vom Bösen besessen wäre.

Aber die meisten waren von dem Schrecken über Henriettes Tod und dem Hinausblicken nach der naheliegenden Menschenmasse völlig in Anspruch genommen.

Sara ging mit geistesabwesendem Blick umher, es sah aus, als habe die Trauer sie versteinert. Und doch war es nicht Trauer.

Die Trennung von Jennesfos und Henriettes Tod verbanden sich zu einem lähmenden Schmerz, unter dem sich ihr Herz nur noch mehr verhärtete. Ihr sterbender Mann dort im Bett, alle die erschreckten Männer und Frauen, der Lärm auf der Straße draußen — wie gleichgültig war ihr das alles; sie hätte sich mitten in die Stube setzen und über sie alle lachen können.

Aber draußen wurde es immer ärger. Ein paar häßlichwichtige Durstigen fingen an, gegen die Wände zu donnern; andre näherten sich den Fenstern, hielten sich an den Fensterbrüstungen fest und preßten ihre Gesichter gegen die Scheiben. Die Gaugianer verfrachten sich in die Ecken; Sibert Jesperien lag beinahe unter dem Tisch.

Es muß einer hinausgehen und sie zur Vernunft bringen, schlug eine der älteren Frauen vor.

Das mußte Sibert Jesperien sein, er war der Aelteste unter ihnen; aber er wagte es nicht. Er wußte nur zu gut, daß es nur schlimmer werden würde, wenn er hinausginge. Der alte Färber saß oben bei Madame Lorvestad; man sollte lieber ihn bitten, es zu versuchen.

Seinem fiel es ein, an die Polizei zu denken, man war in der Stadt nicht gewöhnt — und am allerwenigsten die Gaugianer — von der Seite Hilfe zu erwarten, obwohl der Ausfluß jetzt die ganze enge Straße und ein großes Stück des Marktes vor Schiffer Worsles Haustür füllte. Es mußten seine Leute darunter sein, denn unter den Laternen waren einzelne kostbare sechsseitige, aus blankpoliertem Messing.

(Schluß folgt.)

lang, in der es gelockt hat, kann — auch bei wiederholtem Angebot — erst bestimmt werden, wenn die Kaufkraft sich ganz konzentriert hat und selbst dann noch selten. Es wäre wünschenswert, wenn die Tagespresse und in unserm christlichen Bemühen, das Volk von Abzügen abzubringen, unterstützen wollte. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir in allem, was Volkswirtschaft angeht, ohne Unterstützung der Tagespresse und Schule nicht weiter kommen.

Die verlobte Jungfrau. In der „Jugend“ wird folgende niedliche Geschichte erzählt: Ein ehrlicher Kleinrentmeister erlaubt nach vielen Bitten seiner achtzehnjährigen Tochter, einen öffentlichen Maskenball zu besuchen. Er macht diese Erlaubnis jedoch von zwei Bedingungen abhängig: 1. sie soll um 12 Uhr wieder zu Hause sein, 2. nur ein Kostüm benutzen, das er ihr ausfuchen will. Die Tochter geht auf diesen Vorschlag ein und der Vater überträgt sie am Tage des Festes mit den für die Darstellung einer Jungfrau von Orleans nötigen Ausstattungsgegenständen, vor allem mit einer von ihm selbst angefertigten, prächtigen Krone. In diese Krone er zugeworfen seine Tochter vollkommen ein, in dem festen Glauben, sie so gegen alle Gefahren zu wappnen. Die gepanzerte Jungfrau verläßt frühlich den heimischen Herd, kommt aber weder, wie anbedungen, um Mitternacht, noch in den darauffolgenden Stunden nach Hause. Gegen 4 Uhr begibt sich der besorgte Vater an die Stätte des Festes, bemerkt aber weder seine Tochter unter den Tänzerinnen, noch bemerkt ihm jemand Auskunft zu geben, ob eine Jungfrau von Orleans dagewesen sei. Als er endlich an den Hüfthier dieselbe Frage richtet, erwideret dieser, eine Jungfrau von Orleans wäre dagewesen, doch hätte diese bereits um 1 Uhr in Begleitung eines Herrn den Saal verlassen. Der Vater, dem diese Auskunft ganz unglaubwürdig erscheint, fragt nochmals, ob er dies ganz bestimmt wüßte, worauf der Hüfthier antwortet: „Ja, freilich, der Herr hat sich noch extra bei mir einen Konferenzenbüchsenöffner geborgt.“

Die Botoluden. Interessant sind die Schilderungen, die Lallemand von den noch lebenden Botoluden in Brasilien gab. Diese Eingebornen leben in Herden zusammen und waren, als Lallemand zu ihnen kam, noch ohne Zivilisation. Die Toilette der Weiber bestand in einer kreisrunden Holzschüssel in der Latexlippe und einer schwarzen Schaur, welche einmal fest um die Wade, dicht unter dem Knie, geschnitten war. Die Männer beschmähelten selbst diese beiden Toilettenstücke. Ihr Anblick soll über alle Beschreibung widerlich sein. Nachdem sie einen Saug ausgeführt hatten, wobei sie nur einige Male auf und ab sprangen, wurde ihnen eine große Schüssel voll Essen hingestellt. Da hockten sie sich auf die Heden nieder und fingen an, schmauzend wie Schweine, zu fressen, bis das Gefäß leer war. Die Farbe dieser Wilden ist auffallend hell, fast europäisch weiß. Ihre Körperform charakterisiert sie als Bauchmenschen, bei denen jede Verächtung, jede Niederung um des Reiches willen vorhanden ist, der allein den Wilden der südamerikanischen Waldungen regiert und bewegt. Eine auffallende Erscheinung bot der Blick dieser Gattungen, der einen vollkommen idiosyncratischen Anstrich hatte. Die glanzlosen Augen drückten nichts aus. Wenn das untergehende Auge des Europäers das Auge des Botoluden traf, so wendete dieser den Blick zur Seite und der ganze Mensch möchte fast schreien aus Furcht. Das einzige, was diesen Geschöpfen als ein Unglück erschien, war der Hunger. Als Lallemand einer Botoludin in ihrer Sprache sagte, daß er Hunger habe, wiederholte diese das Wort mehrmals mit einer heulend kläglichem Stimme und brachte ihm darauf etwas zu essen.

Russische Gewanden. In Petersburg existiert ein fashionables Restaurant, das bereits wiederholt durch sogenannte „Offiziersaffären“ von sich reden machte, der „Bar“. Dori geschah es, daß in der Silbernacht ein Offizier einen Studenten hinterläßt, welcher mit ihm ein halbes Duzend Brovingungeln in den Leib jagte, so daß der Verwundete auf der Stelle tot liegen blieb. Kurzlich in früherer Regenstunde hat sich dort der „R. R.“ zufolge folgende zugewandelt: Vier Herren der russischen „Krisotratie“, Fürst Wjsharadje, der Adelsmarschall von Arktow, und drei Offiziere, die Grafen Koslow, Komarowsky und Golowin, saßen in einem traurigen Kabinett des „Bären“ beim Champagner. Es wurde von Politik gesprochen. Als sich nun der Adelsmarschall zu äußern erlaubte, er halte die Autonomie des Kaukasus für einen Akt der Notwendigkeit, erhob sich Kapitan Koslow, der den Stuhl und drang darauf ein, den Fürsten ein. Dann, des reichlich gewöhnlichen Champagners besehle, er glücklichweise den harten Schidel des Adelsmarschalls, schlug ihm aber ein Ohr ab. Der Fürst fand sich, daß sein Ohr vom Boden auf und verließ schweigend den Kampfplatz. Nach etwa fünf Minuten über kam er ins Kabinett zurück; er hatte sich draußen mit einer Schwärze selbst einen Verband angelegt. Darauf nahm er wieder den Stuhl und — begann aufs neue von der Autonomie-möglichkeit zu sprechen. Koslow war so töricht, ihm zu entgegen. Das hatte Fürst Wjsharadje offenbar erwartet. Plötzlich erhob er sich, zog seinen Revolver und schoß Koslow eine Kugel in die Brust. Es kam zu einer wilden Schießerei, bei der alle Teilnehmer des Gelages mehr oder weniger verwundet wurden. Schreckensschrei, machte im Zimmer der Herr de'Hotel, Herr Angaste, auf, er hatte mit seinem Erscheinen gewartet, bis sämtliche Revolvermagazine leer geworden waren. Erst danach hatte der brave einen jungen Leutnant, der scheinbar unversehrt Selbstwundenbanden beizubringen und die Hilfe bereits in die Höhe seiner Schläfe gebracht hatte, durch rechtzeitiges In-den-Arm-schließen gerettet. Diesmal kam er leider zu spät. Koslow wurde überverwundet ins Lazarett geschafft, sein Zustand ist hoffnungslos. Fürst Wjsharadje aber ließ sich mit Seelenruhe sein Ohr, das er sorgsam in der Tasche aufbewahrt hatte, annehmen. Dann ging er nach Hause, seinen Anstrich abzuschleifen und von der Autonomie des Kaukasus zu träumen.

Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Vor einiger Zeit ist dem Kaiser der U. S. — der Vereinigten Staaten von Amerika — ein neuer Stern zugefliegen worden.

Das dem bisherigen Indianerterritorium und Oklahoma ist ein neuer Staat Oklahoma entstanden. Dieser neue Staat, durch den die Zahl der zur amerikanischen Union vereinigten Staaten auf 48 vermehrt wird, umfaßt ein rund 3000 Quadratmeilen großes Gebiet. Seine Bevölkerung betrug 1900 nur 100000 Seelen, hat jetzt aber über 1 1/2 Millionen Seelen erreicht. Angezogen dieser neuen Siedlungsgebiete dürfte es nicht ohne Erfolg sein, das

Wachstum des Reichthums der Vereinigten Staaten und des Staatsreichtums innerhalb dieses Gebietes etwas eingehender zu verfolgen.

Insgesamt hat während der mit der Unabhängigkeitserklärung der 13 ursprünglichen englischen Kolonien vom Winterlande (4. Juli 1776) beginnenden Geschichte der amerikanischen Union 16mal eine Gebietsvermehrung stattgefunden. Das ursprüngliche Insel ist mehr als fünfmal so groß wie das Gebiet der ersten 13 Kolonien, und zwar wurde der Flächenraum von rund 700 000 Quadratmeilen auf 3 770 954 Quadratmeilen. Diese 13 ursprünglichen Kolonien bildeten im Osten des jetzigen Gebietes der Vereinigten Staaten von der Küste des Atlantischen Ozeans ab ein zusammenhängendes Ganze. Auch nachdem sie im Frieden mit Großbritannien, vom Jahre 1783 ihr Gebiet im Süden und Westen etwas erweitert hatten, stießen sie noch nicht an den Golf von Mexiko; ein ungeheurer Zwischenraum trennte sie noch vom Stillen Ozean. Die nachstehende Tabelle läßt das Ansehen des Gebietsumfanges auf dem amerikanischen Festlande, also ohne die zugehörigen, aber nicht mit dem Mutterlande zusammenhängenden Inseln erkennen:

D.-Meilen	Bevölkerungszahl	D.-Meilen	Bevölkerungszahl
1790	3 929 214	1850	2 980 959
1800	5 308 483	1860	3 025 600
1810	7 230 881	1870	3 025 600
1820	9 633 822	1880	3 025 600
1830	12 866 020	1890	3 025 600
1840	17 069 453	1900	3 025 600

In welcher Weise wurden nun die hauptsächlichsten der Neuzugewinnungen auf dem amerikanischen Kontinent den Vereinigten Staaten angegliedert? Louisiana war seit dem Ende des 17. Jahrhunderts durch die Franzosen kolonisiert worden; in einem geheimen Vertrage vom Jahre 1762 wurde es an Spanien abgetreten, um zu verhindern, daß es in die Hände der Engländer falle. 1800 kam es an Frankreich zurück, weil der König von Spanien die Unterthänigkeit Napoleons für seine Pläne brauchte. Da die französische Regierung die Regierung der amerikanischen Union beunruhigte, suchte diese das Land an sich zu bringen und beauftragte James Monroe in einer besonderen Mission, in Verbindung mit dem amerikanischen Gesandten entsprechende Schritte bei der französischen Regierung einzuleiten. Am 13. April 1803 kam danach ein Abkommen zustande, nach dem das ganze Gebiet von Louisiana an die Vereinigten Staaten gegen eine Zahlung von 15 Millionen Dollar überging. Bevor dieser Vertrag vom Kongreß genehmigt wurde, war hier eine heftige Opposition zu überwinden. Viele befürchteten nämlich, daß zu erwerbende Land werde die aufgewandten Kosten nicht wert sein und der Verwaltung große Schwierigkeiten entgegenstellen. Durch diese Erwägung wurden 875 029 Quadratmeilen, also mehr als der ursprüngliche Umfang der amerikanischen Union, einverleibt. Im Laufe der Zeit wurden nicht weniger als 14 verschiedene Territorien und Staaten ganz oder zum Teil aus diesem neuen Gebiet gebildet. Die Bevölkerung, die im Jahre 1803 noch nicht 100 000 Seelen gezählt hatte, belief sich hier 1900 auf 14 708 616 Menschen, und man hat berechnet, daß allein die Produktion des Getreides für das ganze Land bezahlten Preis beträgt. Welche Zukunftschancen sich den Staaten des einstigen Louisiana noch bieten, lehr schon die Tatsache, daß in den europäischen Ländern: Großbritannien, Niederlande, Belgien, Deutschland, Spanien, Italien und der Schweiz, die zusammen an Umfang nur wenig größer sind als das damals von den Vereinigten Staaten erwerbene Gebiet, und die in bezug auf Ackerbau und Bergwerksproduktion etwa die gleiche Struktur zeigen, mehr als 202 Millionen, also etwa 14mal soviel Menschen leben.

Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts bildete Texas einen Gegenstand des Streites zwischen Spanien und Frankreich. Seitdem Louisiana an die Vereinigten Staaten übergegangen war, kam es dann zwischen diesen und den Spaniern zu mancherlei Streitigkeiten, bis 1824 Texas zusammen mit der Provinz Coahuila zu einem mexikanischen Staat gemacht wurde. 1836 rief sich Texas nach blutigen Kämpfen von Mexiko los und erklärte sich als Republik. Diese wurde von den Vereinigten Staaten anerkannt. 1845 ließ sich die junge Republik von ihrem mächtigeren Nachbar annektieren, nachdem ein ähnlicher früherer Vorschlag nicht die Zustimmung des amerikanischen Senats gefunden hatte. Texas bildet den umfangreichsten Einzelstaat der amerikanischen Union. Es ist größer als England und Deutschland zusammen. Während indes die Bevölkerung dieser beiden Länder mehr als 85 Millionen umfaßt, betrug die Volkszahl in Texas im Jahre 1890 nur 2,2 Millionen und liegt bis zum Jahre 1900 auf über 3 Millionen. Doch ist für die Zukunft auch hier ein starkes Aufblühen mit Sicherheit zu erwarten.

Der Angliederung von Texas folgte bald ein Krieg mit Mexiko, weil man sich wegen der Grenze zwischen Mexiko und Texas nicht zu einigen vermochte. Im Mai 1846 erging die Kriegserklärung. Der General der Vereinigten Staaten, Stephen Kearney, nahm formellen Besitz des als Neumexiko bezeichneten Landes. Dann zog er weiter westwärts, um auch Kalifornien zu erobern, das unter mexikanischer Oberhoheit gekommen war, nachdem die Revolution von 1822 die spanische Herrschaft in Mexiko beendet hatte. Im Frieden von Guadalupe Hidalgo vom 2. Februar 1848 wurde sowohl Neumexiko wie Kalifornien an die Vereinigten Staaten gegen eine Zahlung von 15 Millionen Dollar abgetreten. Nach einigen Grenzstreitigkeiten wurde 1853 das umstrittene Gebiet von Mexiko den Vereinigten Staaten gegen weitere 10 Millionen Dollar ebenfalls überlassen.

Wegen des Oregon-Territoriums war es zu langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und England gekommen. Von 1818 bis 1846 wurde es von beiden Staaten gemeinsam in Anspruch genommen. 1846 erfolgte dann die Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten, der 1848 die Schaffung des selbständigen Staates Oregon folgte.

Aus den in jenen Jahren erworbenen Gebieten Neumexiko, Kalifornien und Oregon wurden unter Hinzufügung benachbarter Landes im Laufe der Jahre die weiteren Staaten Utah, Washington, Nevada, Idaho, Colorado, Arizona und Montana geschaffen.

Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen.

Schlesien. Freitag, Mittwoch den 24. April, vorm. 10 Uhr, die Kreisämter der Kreis- und Provinzialverwaltungen (einschl. Dispositions- und der zur Disposition der Kreisbehörden entlassenen Mannschaften) und Kreisämter der Land- und Seewege; 1. Aufgebots der Kreisämter und Offizien; nachmittags 2 Uhr, die Kreisämter der Kreisämter, Kreisämter und Kreisämter sowie die Kreisämter der Kreisämter und Kreisämter.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Hyer, Eger und Waldau.	
Jungbunzlau	7. April + 0.76
Lain	+ 1.70
Budweis	+ 0.94
Prag	+ 1.50

Instrut und Saale.	
Straßfurt	8. April + 2.30
Weißfels Unt.	+ 2.92
Wrofla	+ 3.44
Wlethen	+ 3.20
Bernburg	+ 2.78
Salze Oberpegel	+ 2.82
Salze Unterpegel	+ 2.86

Mulde.	
Deßau	8. April + 2.26
Mühlentälde	9. April + 2.33

Elbe.	
Parabuth	7. April + 1.60
Brandeb.	+ 2.09
Wlmit	+ 1.76
Leinertitz	+ 1.65
Muffig	+ 2.43
Dresden	+ 0.90
Lorgau	+ 3.28
Wittenberg	+ 3.78
Roslau	+ 3.70
Roßb.	+ 4.00
Schönebeck	+ 3.74
Magdeburg	+ 3.44
Langermünde	+ 4.27
Wittenberge	+ 4.03
Wroda-Deinitz	+ 3.58
Saatenburg	+ 3.63

Hyer, Eger und Waldau.	
8. April + 0.98	0.22
+ 1.80	0.10
+ 0.96	0.02
+ 1.56	0.06

Hyer, Eger und Waldau.	
9. April + 2.25	0.05
+ 2.90	0.02
+ 3.38	0.06
+ 3.20	—
+ 2.68	0.10
+ 2.18	0.04
+ 2.78	0.08

Hyer, Eger und Waldau.	
8. April + 2.26	0.07
9. April + 2.33	—

Elbe.	
8. April + 1.75	0.15
+ 2.18	0.09
+ 1.75	0.01
+ 1.65	0.02
+ 2.50	0.07
+ 0.96	0.06
+ 3.33	0.05
+ 3.77	0.01
+ 3.65	0.05
+ 3.90	0.10
+ 3.70	0.04
+ 3.40	0.04
+ 4.26	0.01
+ 3.97	0.06
+ 3.58	—
+ 3.59	0.04

H. ESDERS & Co.

Magdeburg, Breitweg 45-47.

Fertige Herren-Garderobe

Fertige Damen-Garderobe

Anfertigung nach Maß

Größte Auswahl

Billige Preise

Beste Bedienung

An meine Kundschaft!

Meinen werten Kunden, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß in meinem Betriebe nicht gestreift wird, daß auch keine Streifarbeit angefertigt wird, daß ich ferner durch Inseerat Gehilfen nicht zu suchen brauche, denn es stehen circa 100 ausgesperrte Gehilfen im Verbandsbureau zur Verfügung. — Ich bitte recht höflich, **Wahbestellungen zum 1. Mai oder zu Pfingsten** recht bald aufzugeben, da sich die Arbeit zum Feste drängt. — Bekannt großes **Stofflager** — billige Preise — prompte Lieferung — reelle Bedienung.

Konfektionshaus und Maßgeschäft

Ehrenfried Finke • Breiteweg = 125-126 =

Leser der „Volksstimme“! Kauft in den Geschäften, die in der „Volksstimme“ inserieren!

Den geehrten Einwohnern der Alten Neustadt zur Nachricht, daß ich im Hause **Moldenstraße 15** ein **Barbier- und Friseurgeschäft** eröffnet habe. Zudem ich bitte, mein Unternehmen günstig unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll **Karl Ferchland, Barbier.**

Briketts **XTREUES** **HARBKER SALON** sind anerkannt die besten Qualitäten. Günstigste Bedingungen zu billigsten Tagespreisen bei prompter und reicher Bedienung. 1597

H. Rittgeroth **Alte Neustadt, Gr. Weichselstr. 19** **Spottbillig! 1698 Spottbillig!** 1 rotes des. Plüschsofa mit hellbraun. Kissen, 1 hellbraun. Salonstuhl, 1 hellbraun. Salonstuhl, 1 hellbraun. Salonstuhl, komplett 400 Mark. 1 wenig gebrauchter Tischstuhl. **Wilhelmstraße 12, 3.**

Durch Erparung der Ladeartikel verleihe ich das **größte und beste Hausbrot** Frau Hoff, Kottbuscherstr. 1, G. p.

Schlachtfest. **Karl Schleidt, Schöninger Straße 6-7.** **Freitag den 12. April** **Seit Donnerstag** **Frische Würst** **Christian Siemens, Burg.**

Tüchtige Maschinenschlosser (Einrichter) und Eisenarbeiter haben bei guten Lohn dauernde Beschäftigung. **Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik** — Abteilung S o m m e r d e. —

Einen tüchtigen Schneider sucht sofort **A. Unger, Thale a. S.** **3910** **Robertstraße 1.**

Eine Gelegenheitspartie **Fahrräder** **Adolph Michaelis** **Apfelstraße 16, 1.**



Original Nova-Räder. **Gritzner- u. Reform-Fahrräder** Näh-, Wasch-, Wring- u. Strickmaschinen unter weitgehender Garantie verkauft zu billigen Preisen, auch auf Teilzahlung. **Ad. Bock** **Sudenburg, Halberstädter Straße 104** **Fernsprecher 4715. 3769** **Eigene Reparaturwerkstatt. = Plissebrennerei.**

Reißzunge empfiehlt die **Buchhdl. Volksstimme** **Donnerstag den 11. April, abends 6 1/2 Uhr** **Oeffentliche Zimmerer-Versammlung** **im Sachsenhof (früher Breikaiserhof), Gr. Storchstr. 7.**

Ortskrankenkasse für die im Zimmergewerbe beschäftigten Personen. **Vom 29. April cr. ab treten folgende Beiträge in Kraft:**

a) für Mitglieder der 1. Klasse	1.17 Mark pro Woche
b) "	2. " 0.84 " "
c) "	3. " 0.72 " "
d) "	4. " 0.45 " "
e) "	5. " 0.30 " "

Ragdeburg, den 9. April 1907. **Der Vorstand.**

Zentralverband der Schuhmacher **Zahlstelle Burg** **Sonabend den 13. April, abends 8 Uhr, im „Grand Salon“** **Mitglieder-Versammlung**

Konsumverein für Axen und Umgegend **E. G. m. b. H.** **Freitag den 12. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Hof“** **Oeffentl. Versammlung!** **Herr Professor Dr. Staudinger-Darmstadt** **Lebensmittelverwertung und Genossenschaftsbewegung** **Thale. Thale.** **Freitag den 12. April, abends 8 Uhr** **in Schloss „Zur grünen Tanne“** **Oeffentliche Frauen-Versammlung** **Thema: Die Klassenkämpfe und die Frauen.** **Referent: Frau Berta Langwitz-Berlin.** **Börsenbesuch aller Frauen und Mädchen erwünscht.** **Der Vorstand.**

Thale. Thale. **Freitag den 12. April, abends 8 Uhr** **in Schloss „Zur grünen Tanne“** **Oeffentliche Frauen-Versammlung** **Thema: Die Klassenkämpfe und die Frauen.** **Referent: Frau Berta Langwitz-Berlin.** **Börsenbesuch aller Frauen und Mädchen erwünscht.** **Der Vorstand.**

1711 Familien-Vorzugskarte für die **kinematographischen Vorstellungen** im **Zirkus-Theater** **bis Freitag den 12. April inkl.** **Gültig für 4 Personen.** **Vorzugspreise: Loge 80, Sperrsitz 55, I. Rang 40, II. Rang 30, Galerie 20 Pf. Kinder die Hälfte.**

Voranzeige! Luisepark **Zu dem am Sonntag den 14. April stattfindenden** **Instrumental-Konzert** **hat der Bitherklub „Thuringia“ seine Mitwirkung freundlichst angefragt.**

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg **Fürstenufer 61 (dicht bei der Strombrücke), Telephon 2841.** **Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Diensthboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr.** **Außer der Auskunftszeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.**

Städtischer Arbeitsnachweis **Männliche Abteilung: Peterstraße 1, Eingang Margaretenstraße.** **Telephon: „Rathhaus“.** **Offen von 8-12 Uhr vormittags, 3-6 Uhr nachmittags.** **Vermittlung kostenfrei für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.** **Abteilung für das Schank- und Gastwirtsgeerbe Peterstraße 1. Sonntags geöffnet 10-2 Uhr. Telephon 2054.** **Kostenlose Vermittlung von Hotel- und Restaurationspersonal für hier und außerhalb, in besonderen Räumen.**

Fermerleben. 1716 Fermerleben. **Gasthof zum goldenen Engel (Inhaber Stiller)** **Freitag den 12. April, abends 8 Uhr** **Großer humoristischer Theater-Abend des beliebten** **Bellmannschen Posen-Ensembles.** **Neues, vorzügliches Programm. — Entree 30 Pf.** **Zu diesem Abend ladet herzlich ein Artur Bellmann, Direktor.**

Handwagen- u. def. Reparaturen, fertige Räder. Heiligegeiststraße 26. **Stühle werden billig und sauber ge- hochten. Schäfer, Karte 5.** **Frei. u. im. 3. v. Abendstr. 10, u. 2. F. r.**

Burg **Ankand. Logis zum 17. April zu vermieten. Schenkenstraße 6.** **Ein Zigarren- Etui,** welches am 1. Osterfesttag im „Luisepark“ gefunden wurde, ist in der Buchhandl. Volksstimme, Gr. Mühlstr. 3, abgegeben und liegt zur Abholung dort bereit. **Keine Wohnung befindet sich Neue Neustadt, Morgenstr. 8** **Frau Blancke** **Schönauer. 3946**

Quedlinburg. **Donnerstag den 11. März abends 8 Uhr** **Oeffentl. Volksversammlung** **im Restaurant „Vorwärts“.** **Thema: Der Frauen Kampf ums Recht.** **Referent: Frau Berta Langwitz-Berlin.** **Zu dieser Versammlung sind besonders die Frauen eingeladen.** **Der Vorstand.**

1711 Familien-Vorzugskarte für die **kinematographischen Vorstellungen** im **Zirkus-Theater** **bis Freitag den 12. April inkl.** **Gültig für 4 Personen.** **Vorzugspreise: Loge 80, Sperrsitz 55, I. Rang 40, II. Rang 30, Galerie 20 Pf. Kinder die Hälfte.**

Voranzeige! Luisepark **Zu dem am Sonntag den 14. April stattfindenden** **Instrumental-Konzert** **hat der Bitherklub „Thuringia“ seine Mitwirkung freundlichst angefragt.**

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg **Fürstenufer 61 (dicht bei der Strombrücke), Telephon 2841.** **Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Diensthboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr.** **Außer der Auskunftszeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.**

Städtischer Arbeitsnachweis **Männliche Abteilung: Peterstraße 1, Eingang Margaretenstraße.** **Telephon: „Rathhaus“.** **Offen von 8-12 Uhr vormittags, 3-6 Uhr nachmittags.** **Vermittlung kostenfrei für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.** **Abteilung für das Schank- und Gastwirtsgeerbe Peterstraße 1. Sonntags geöffnet 10-2 Uhr. Telephon 2054.** **Kostenlose Vermittlung von Hotel- und Restaurationspersonal für hier und außerhalb, in besonderen Räumen.**

Fermerleben. 1716 Fermerleben. **Gasthof zum goldenen Engel (Inhaber Stiller)** **Freitag den 12. April, abends 8 Uhr** **Großer humoristischer Theater-Abend des beliebten** **Bellmannschen Posen-Ensembles.** **Neues, vorzügliches Programm. — Entree 30 Pf.** **Zu diesem Abend ladet herzlich ein Artur Bellmann, Direktor.**

Handwagen- u. def. Reparaturen, fertige Räder. Heiligegeiststraße 26. **Stühle werden billig und sauber ge- hochten. Schäfer, Karte 5.** **Frei. u. im. 3. v. Abendstr. 10, u. 2. F. r.**

Burg **Ankand. Logis zum 17. April zu vermieten. Schenkenstraße 6.** **Ein Zigarren- Etui,** welches am 1. Osterfesttag im „Luisepark“ gefunden wurde, ist in der Buchhandl. Volksstimme, Gr. Mühlstr. 3, abgegeben und liegt zur Abholung dort bereit. **Keine Wohnung befindet sich Neue Neustadt, Morgenstr. 8** **Frau Blancke** **Schönauer. 3946**

Quedlinburg. **Donnerstag den 11. März abends 8 Uhr** **Oeffentl. Volksversammlung** **im Restaurant „Vorwärts“.** **Thema: Der Frauen Kampf ums Recht.** **Referent: Frau Berta Langwitz-Berlin.** **Zu dieser Versammlung sind besonders die Frauen eingeladen.** **Der Vorstand.**

Kaiser-Panorama **Breiteweg 134, I.** **Ein bequemer Besuch von Messina und seiner interessanten Umgebung. Lüneburg und Lüneburger Heide.**

Walhalla. **Nur noch wenige Tage** **Die goldene Venus** **und das glänzende April-Programm!**

Stadt-Theater. **Donnerstag den 11. April 1907** **Der Poffillon von Jonjumeau.** **Darauf:** **Ballett-Divertissement.** **Sonntag den 14. April 1907** **Die lustige Witwe.**

Wilhelm-Theater. **Heute und folgende Tage** **Cosin Bobby.** **Dienstag den 16. April** **Benedikt Rudolf Frenzel.** **Der Kastenbinder.** **Operette in 2 Akten und 1 Vorspiel von Franz Lehár.**

Am 8. April starb sanft nach längerem Leiden mein guter Mann, unser lieber Vater und Großvater **Franz Füllner** **im 56. Lebensjahre. Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies an** **Luise Füllner nebst Kindern und Enkelkindern.** **Die Beerdigung findet Freitag den 12. April, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs statt. 3938**

Deutsch. Metallarbeiter-Verb. **Verwaltung Magdeburg.** **Nachruf.** **Wieder hat der Tod drei Mitglieder aus unsern Reihen gerissen, die Arbeiterin** **Selma Hentschel** **19 Jahre alt, an Lungentatarrh; den Schmied** **Karl Millus** **38 Jahre alt, an Lungentatarrh; den Schmied** **Johannes Barth** **60 Jahre, an einem Herzleiden. Ihre irden Andenken!** **Die Beerdigung der Selma Hentschel ist schon erfolgt, dagegen findet die Beerdigung unserer Kollegen Millus am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, auf dem alten Sudenburger Friedhof und die des Kollegen Barth am Freitag, nachm. 4 Uhr, auf dem Sudenburger Friedhof statt.** **Die Verwaltung.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verb. **Verwaltung Magdeburg.** **Nachruf.** **Wieder hat der Tod drei Mitglieder aus unsern Reihen gerissen, die Arbeiterin** **Selma Hentschel** **19 Jahre alt, an Lungentatarrh; den Schmied** **Karl Millus** **38 Jahre alt, an Lungentatarrh; den Schmied** **Johannes Barth** **60 Jahre, an einem Herzleiden. Ihre irden Andenken!** **Die Beerdigung der Selma Hentschel ist schon erfolgt, dagegen findet die Beerdigung unserer Kollegen Millus am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, auf dem alten Sudenburger Friedhof und die des Kollegen Barth am Freitag, nachm. 4 Uhr, auf dem Sudenburger Friedhof statt.** **Die Verwaltung.**

branch hoch qualifizierte Arbeiter. Es sei notwendig, daß die berechneten Zustände von den Zentralvorständen zunächst unterzucht werden. Dazu sei infolge der gewaltigen Lohnbewegungen bisher keine Zeit gewesen. Erkannt sei er aber darüber, daß heute noch Organisationsleiter, und dazu reiche er alle, welche an der Leitung in irgend einer Weise teilnehmen, die Aufhebung des Kartellvertrags zur Debatte bringen. Der Kartellvertrag sei ein Produkt der Verhältnisse. Die Verhältnisse hätten uns zusammengeführt, die Verhältnisse werden uns zusammenhalten. Wenn hier und dort Verstöße vorkommen, so liegt das nicht an dem Kartellvertrag, sondern an den ausführenden Personen, die manchmal schlechte Mustanten sind. Auf beiden Seiten müsse das Bestreben vorwalten, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Da, wo unvollkommene Menschen zusammenarbeiten, wird es immer Reibungsflächen geben. Es dürfe aber nicht jede Kleinigkeit in die weite Oeffentlichkeit gebracht werden. Da wirkt sie dann erst recht zum Schaden aller Beteiligten. Die Zeit, wo die Notwendigkeit der Verschmelzung einmal kommen werde, kann näher oder ferner sein: kommen wird sie. Vor der Verschmelzung müßten die einzelnen Organisationen sich erst gehörig ausbauen. Er sei der festen Ueberzeugung, daß die Bauhilfsarbeiterorganisation sich nur darum so weit entwickeln konnte, weil sie in der Organisationsform allein war. Die übrigen Schwierigkeiten, welche bei einer Verschmelzung mitprechen, werden sich einmal zur Sprache entwickeln. Heute gelte es zunächst, alle Kräfte zum Besten der einzelnen Organisationen und so für die Gesamtheit zu heben und zu entwickeln.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird bis zum Schluß der Sitzung fortgeführt.

Provinz und Umgegend.

Leimbach, 10. April. (Partei Genossen) Am 13. April, abends 8 Uhr, findet bei Julius Esler unsere Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht außer einem Referat des Genossen Weims auch die Kaiserfeier. Wegen der besonders wichtigen Tagesordnung werden ihr ersucht, recht zahlreich und vor allem recht pünktlich zu erscheinen, da unser Referat noch anderweitig in Anspruch genommen ist. Auch findet die Aufnahme neuer Mitglieder statt.

Münch, 10. April. (Lohnbewegung der Zimmerer.) Die hiesigen Maurer und Zimmerer haben Ende Januar ihren Arbeitsgebern neue Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesellt. Während man den Maurern Zugeständnisse gemacht hat, ist es den Zimmerern unter Umständen verweigert worden. Letztere haben daher ihre Klage eingereicht.

Münch, 10. April. (Lohnbewegung der Maurer.) Seitens der Maurer ist an den Arbeitgeber ein Lohnzettel eingereicht worden, wonach ein Stundenlohn von 45 Pfg. gefordert wird. Seitens der Arbeitgeber ist, wie in einer Versammlung mitgeteilt wurde, noch keine bindende Erklärung abgegeben. Galtner noch hält das Vorgehen und die Forderungen der Maurer für durchaus berechtigt. Da die übergroße Zahl der Mitglieder erst seit kurzem der Organisation angeschlossen ist, bedarf es zur Unterfertigung noch eines besonderen Beschlusses des Hauptvorstandes. Es wurde beschlossen, die Arbeitgeber zu ersuchen, sich innerhalb drei Tagen zu entscheiden und den Tag der Verhandlung anzugeben. Bei Nichterhaltung dieser Frist schlagen die Maurer ihrerseits einen festgesetzten Termin vor. Dem hiesigen „Anzeiger“ blieb es wiederum vorbehalten, einen, den vorstehenden Ausführungen entgegenstehenden Bericht zu veröffentlichen, er sagt: Der Verbandsvorstand habe vom Streik abgeraten. Dagegen sei auf Unterstützung vom Hauptvorstand nicht zu rechnen. Sollte es dem Berichtsführer des „Anzeiger“ nicht möglich sein, einen objektiven Bericht zu fassen? Aus Kreisblättern ist die Wahrheit in bezug auf Arbeiterfragen verbannt. Hoffentlich gelingt es trotzdem, die Forderung in friedlicher Weise durchzuführen.

Münch, 10. April. (Lohnbewegung der Schneider.) Von der Organisation der Schneider wurde an die Arbeitgeber ein Lohnzettel eingereicht. Die Forderung bewegte sich zwischen 10 und 15 Prozent. Die Verhandlungen haben zu dem Resultat geführt, daß die Forderungen zum großen Teil bewilligt wurden. Erkenntlicherweise hat die Organisation eine Stärkung durch dieses Vorgehen erfahren. Ein weiterer Ausbau der Organisation dürfte es ermöglichen, die bisher noch abgelehnten Forderungen zu erreichen.

Stuttgart, 10. April. (Die Stadtverordnetenversammlung.) wurde wieder von Herrn Direktor Fröhlich geleitet. Als Magistratsreferent fungierte Herr Architekt Caspar, da die beiden Bürgermeister krank sind. Den in letzter Sitzung von einigen Stadtverordneten geäußerten Wünschen gibt der Magistrat nur teilweise seine Zustimmung. Herr Wehne behauptet bei dieser Gelegenheit, daß die in voriger Sitzung kundgegebene Absicht, herabdrückend auf die Fleischpreise zu wirken, überflüssig gewesen sei, da die Fleischpreise bereits die Preise entsprechend dem Sinken der Viehpreise herabgesetzt hätten. Gegenüber der gegenteiligen Behauptung des Magistrats bleibt Herr Arndt dabei, daß in der Tat nicht unbedeutende Mälerarbeiten ohne öffentliche Ausschreibung vergeben seien und erlucht den Finanzschutz um weitere Verfolgung der Sache. Der Acker in der Ritterkaser ist diesmal in Parzellen von ungefähr 40 Ar bis 1 1/2 Hektar verpachtet worden, da sich niemand gefunden hat, der durch ein Gesamtangebot die Einzelgebote überbieten hätte. Die Pachtsumme beträgt 6803 Mark gegen 6800 Mark im Vorjahr. Die Versammlung erteilt den Zuschlag mit Ausnahme der rund 9 Morgen großen beiden Parzellen Nr. 191 und 192 am Neundorfer Wege, die zur Erweiterung des Stadtparks reserviert bleiben. Ebenso wird Kriegs Wiese, wie seit langem üblich, an die Schützengilde verpachtet. Die Schlachthauskassenrechnung pro 1905 hat den beträchtlichen Zuschuß von 5578 Mark aus der Kammereinnahme erfordert. Die Anzahl der Schlachtungen ist gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen. Dem Rendanten wird Entlastung erteilt. Der folgende Punkt, das Kündigungsschreiben des Bürgermeisters Dr. Trumpf betreffend, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden in die anschließende nichtöffentliche Sitzung verlegt, weil die Erörterung persönlicher Angelegenheiten zu befürchten steht. Es scheint jetzt in Stuttgart eine ganze Menge solcher „persönlichen“ Angelegenheiten zu geben, die eine öffentliche Erörterung nicht gut vertragen können.

Wurg, 10. April. (Aus dem städtischen Verwaltungsbericht.) Die Hofkassa hat 1905 einen Ueberschuß von 29 067 Mark gebracht; die Vermögensklasse brachte 2400 Mark Ueberschuß und das Gesamt 349,55 Mark. Für Baugenossen wurden 4005 Mark verausgabt. Für laufende Instandhaltung der städtischen Anwesen 27 601 Mark. Das städtische Armenwesen erforderte eine Ausgabe von 36 989 Mark, der Zuschuß aus der Kammereinnahme betrug 20 443 Mark. An außerordentlichen pro Kopf und Jahr 17,02 Mark, an Pflegegeldern pro Kopf und Jahr 58,36 Mark, an Verpflegungskosten für die Siechen sind 2061 Mark erstattet. Außerdem sind noch gezahlt: für Kleidungsstücke für arme Kinder 696 Mark; an Einleidungs-, Erziehungs- und Transportkosten für 4 in Filzortgeographie untergebrachte Kinder 450 Mark; für freie Vermittelte an arme Schüler und Schülerinnen 444 Mark; Mehrgeldesten für Stadtkasse 448 Mark; Beerdigungskosten 266 Mark; für 26 im städtischen Krankenhaus verpflegte Dürsarme 1035 Mark; für Unterhaltung der Siechen 2183 Mark; für 49 Personen, welche hier vorübergehend waren, an vorübergehenden Unterstüßungen, 350 Mark; für Kur- und Verpflegungskosten an die Armenverbände 2057,70 Mark; diverse Ausgaben 112 Mark. An Renten sind im Berichtsjahre bewilligt: Altersrente an 3 Personen mit zusammen jährlich 468,80 Mark, also im Durchschnitt pro Kopf und Jahr 155,56 Mark, für die Woche also rund drei Mark; Invalidenrente an 62 Personen mit zusammen jährlich 6611,30 Mark. Die Gesamtzahl der zu beaufsichtigenden Minder beträgt 1963. An Krankenkassen bestehen hier: eine Genossenschaftskasse (Wäcker), eine Arbeiterkassenkasse (für Gut Blumenfeld II), 6 Ortskrankenkassen, 4 freie

Schlachthaus. — Hwang's Junge gibt es 7, Freie Junge von 5. Jungegebühren sind für die Bäcker, Barbier, Sattler und Schornsteinfeger. — Briefe, Postkarten, Druckfachen und Warenproben sind in Wurg eingegangen 1 670 214 Stück, verschickt sind solche von hier 1 545 258 Stück.

(Berichtigung.) Die in der Mittwoch-Nachricht erschienene Anzeige über das Kinematograph-Theater ist dahin zu berichtigen, daß das Theater im „Hohenzollernpark“ und daum nicht am Mittwoch, sondern am diesem Sonnabend stattfindet.

(Schuhmacher.) Am 13. April ist im „Grand Salon“ Versammlung der Mitglieder des Verbandes. Siehe Inserat.

Haberstadt, 10. April. (Stadtverordnetenversammlung.) Die Warenhaussteuer hat 5421,60 Mark eingebracht, davon sollen 5329,80 Mark verteilt werden, der Rest von 91,80 Mark wird für 1907 übertragen. Für den Zehntenanteil im Realgymnasium wurden 750 Mark bewilligt. Das Elektrizitätswerk soll erweitert werden, wozu 218 000 erforderlich sind. Das Werk hat sich vorzüglich entwickelt und im letzten Betriebsjahr 27 000 Mehreinnahme gebracht. Die vorhandenen Maschinen reichen nicht aus; es soll z. B. eine Dampf- und Wasserkraftmaschine von 700 Kilowatt-Leistung zum Preis von 100 000 Mk. aufgestellt werden. Direktor Müller vom Elektrizitätswerk in Hannover ist als Sachverständiger zu dem Resultat gekommen, daß die Erweiterung notwendig ist. Die Kosten der gesamten Erweiterung betragen 215 000 Mark, 1000 Mark sind für das Gutachten und die Reise ausgegeben worden. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte angenommen. Stadtverordneter Pücker war gegen die Bewilligung; wenn an den jetzigen Maschinen etwas positiver, dann solle die Straßenbahn etwas weniger fahren oder die Leute hätten weniger Licht, das sei auch nicht schlimm. Die Gasanstalt hätte die Stadt auch einmal 3 Wochen im Dunkeln gelassen. Er meinte das Jahr 1883, als die Anstalt in die Luft geflogen war. In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, ein Darlehen von 600 000 Mark aufzunehmen, um den laufenden Geldbedarf zu decken. Einem Magistratsmitglied soll das Gehalt erhöht werden. Die Gasanstalt soll auch erweitert werden, zu welchem Zweck 8 Morgen Land an der Schützenstraße angekauft werden sollen.

Hennigsdorf, 10. April. (Gewerkschaftskartell.) Von 21 Mitgliedern waren 15 erschienen, es wird darauf hingewiesen, daß nach dreimaligen Festen Ausschluß erfolgt. Verschiedene Zuschriften werden durch Kenntnisnahme erledigt. Der Antrag Magdeburg über die Einstellung eines dritten Gewerkschaftsbeamten wird angenommen. Ein vom Bildungsausschuß der Partei überreichter Fragebogen wird dem Vorstand zur Erledigung übergeben. Die Kaiserfeier wird wie üblich unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Einigkeit“ abgehalten. Genosse Holzappel-Magdeburg hält die Feste. Nach längerer, lebhafter Diskussion wird ein Antrag, das Gewerkschaftskartell am 7. Juli abzuhalten, angenommen, damit soll die Einweihung des großen neuerbauten Saales verknüpft werden. Einer zehnteiligen Kommission werden die Vorarbeiten übertragen. Zum Schluß wird die Angelegenheit der Gerberarbeiter der Firma Albrecht zur Sprache gebracht, das Kartell will Unterstützung hierzu nicht versagen.

Queblinburg, 10. April. (Rieseberg der Schweiger.) Im Krieger- und Landwehrverein hielt am Sonnabend Reichstagsabgeordneter „Kamerad“ Rieseberg einen Vortrag über „Die Gründung des Reichstags“. Hierzu schreibt die Queblinburger Zeitung: „Der Vortragende konnte für seine objektiven und anschaulichen Ausführungen, in denen er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der Reichstag an positiver Arbeit weit mehr leisten könnte, wenn die gesetzgeberische Arbeit ohne ideojologische Neben erledigt werden würde, den lebhaftesten Beifall entgegennehmen.“ Wir können es begreifen, weshalb dem großen Rieseberg die Neben im Reichstag so unangenehm sind, so daß er den Reichstag zur Abstimmungsmaschine degradieren und das Neben verbieten möchte, er fürchtete nur, daß die Wahlmotive im Wandel der Kreise zur Sprache gebracht werden. Offenlich hat die Wahlprüfungskommission des Reichstags etwas mehr Verständnis wie die Queblinburger Kriegervereiner, die einem Rieseberg Beifall entgegenbringen und erlöst diesen Kameraden von dem Mandat.

(Mehr Steuern in Sicht.) Der Magistrat macht bekannt, daß im Steuerjahr 1907—1908 an direkten Steuern einschließlich 30 Prozent Kreissteuern, die bisher neben den Gemeindesteuern erhoben worden sind, zur Erhebung gelangen: 180 Prozent der städtisch veranlagten Grundsteuer, 190 Prozent der Gebäudesteuer, 190 Prozent der Gewerbesteuer, 150 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer einschließlich der für Einkommen von über 660 bis 900 Mk. fingiert veranlagten Einkommensteuer.

(Eine öffentliche Volksversammlung.) findet am Donnerstagabend im Restaurant Vorwärts statt. Siehe Inserat.

(Von Hebamme zu Hebamme.) In der Nr. 79 der „Queblinburger Zeitung“ befindet sich ein Eingekauft, das anscheinend aus den Kreisen der Hebammen stammt und sich mit dem in der Nr. 68 der „Volksstimme“ erschienenen Artikel „Von Hebamme zu Hebamme“ beschäftigt. Die Eingekaufte besagt, daß das System der Hebammen veraltet ist. Wenn jener noch behauptet wird, die Leute sollen die Hebammen nur bezahlen, dann können sie jederzeit wieder und die unangenehmen Abweisungen fallen weg, so müssen wir erwidern, daß es doch jedem freisteht, eine Hebamme zu holen, die ihm beliebt. Den Hebammen möchten wir aber den Rat geben, die Leute, die auf dem langen Berge wohnen, nicht alle über einen Kamm zu scheren, denn auch auf dem langen Berge gibt es Leute, die ihren Verpflichtungen nachkommen.

Schneeberg, 10. April. (Die Schiffsabgaben.) Am Dienstag fand die Generalversammlung des Spedition- und Einschiffungs-Kontors A.-G. hier statt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Verkehr im Berichtsjahr gegen das Vorjahr etwas zurückgefallen ist, was seinen Grund in Streiks gehabt hat. Der Schiffsahrt und dem Umschlag droht durch die geplanten Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen ein so schwerer Schlag, daß Eingekaufte nicht wissen, wie er ertragen werden soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei Durchführung der geplanten Abgaben die Schiffsahrt nicht lebensfähig bleibt und aufhört, der so wichtige Verkehrsfaktor zu sein, der sie bis jetzt gewesen ist. Wenn die Erbauung der Kanäle, die auch von den Schiffen früher freudig begrüßt wurde, damit erstattet werden sollte, dann wird sie mit dem Verkehr, der Schiffsahrt und mit ihr allen Umschlags-Interessenten statt zum Segen, zum Unsegen gereichen, und es wäre zu wünschen, daß sie unterbleibe. Die Versammlung erklärte sich mit der Verteilung einer Dividende von 4 Prozent einverstanden.

(Der Verband der Hafenarbeiter) und Genossen feiert am 13. April im „Stadtpark“ sein 10. Stiftungsfest. Genosse Wolff Deder hält die Feste. Alle Gewerkschaften und Parteigenossen werden freundlichst eingeladen. (Siehe Inserat.)

Kleine Chronik.

Schnelle Eisenbahzüge.

Dem Vernehmen nach werden neue Schnellfahrversuche im nächsten Monat auf der Staatsbahnstrecke Berlin—Sangerhausen stattfinden. Zu dem Behufe soll ein Schnellzug von 52 Wägen mit Fahrgeschwindigkeiten bis zu 110 Kilometer die Stunde befördert werden. Daß dies betriebsmäßig durchgeführt werden kann, haben die Vorversuche erwiesen, bisher ließ nur noch die Bremsvorrichtung zu wünschen übrig, von der verlangt werden muß, daß sie den Zug möglichst innerhalb einer Wegstrecke von einem halben Kilometer zum Stehen bringt, ohne durch ihre Stoszwirkung die Reisenden zu gefährden und den Oberbau übermäßig abzumahlen. Dies Ziel ist bei den jüngsten Probefahrten mit einem schallfahrenden Güterzuge von 150 Wägen auf der Strecke GutsMuths-Gütergleis erreicht worden. Die gleichen Bremsversuche sollen nun an den Personen-Schnellzügen gemacht werden, welche zwar erheblich leichter sind, aber mit doppelter Geschwindigkeit gefahren werden. Das nächste Ziel, welches die Staatsbahnverwaltung im Auge hat, ist der Ausbau der Hauptstreckenzuglinien für durchschnitliche Fahrgeschwindigkeiten von etwa 100 Kilometer die Stunde und etwas darüber. Schon bei dieser Schnelligkeit kommen dann gelegentliche Höchstgeschwindigkeiten von 120 Kilometer und darüber vor, die aber nur auf gerader, überflächlicher Strecke gefahren werden können, und diese Geschwindigkeit bezeichnet der Dezerent für das Lokomotivwesen, Herrat Garbe, als die äußerste Grenze für einen allseitig sicheren Betrieb. Sobald die demnächst stattfindenden Fahrversuche ihren befriedigenden Abschluß gefunden haben, dürfte der allmählichen Erhöhung der Fahrgeschwindigkeiten auf den wichtigeren Schnellzugslinien nichts mehr im Wege stehen.

Rasende Automobilisten.

Am Niedereländer Ufer in Köln fuhr ein herrschaftliches Automobil in rasendem Tempo ohne Signal in eine Schaar spielender Kinder hinein. Ein elfjähriger Knabe wurde sehr schwer, zwei andre Kinder wurden leicht verletzt. Der Unwelen den demütigste sich große Erbitterung gegen die beiden Chauffeure, die zur Anzeige gebracht wurden.

Schwarze Heden.

Aus Gardelagen wird gemeldet: Unter den auf dem Dominium Henschnitte beschäftigten polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen sind die schwarzen Heden festgestellt worden. Eine Arbeiterin wurde dem Kreiskrankenhause zugeführt. Alle Maßnahmen sind getroffen, um die Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

Die Genickstarre.

In Köln sind weitere fünf Krankheitsfälle konstatiert, die Erkrankung an Genickstarre vermuten lassen. Die Erkrankten befinden sich sämtlich unter strengster Ueberwachung in Spitalabteile. Dieser nahmen in Köln drei Fälle einen tödlichen Verlauf. — Ein Fall von Genickstarre wurde in Wiedau an dem 20jährigen Dienstmädchen Wendler konstatiert. — In mehreren Kompanien des 46. Infanterie-Regiments zu Posen ist die Genickstarre ausgebrochen. Mehrere Unteroffiziere und Mannschaften sind erkrankt. Bei einigen weiteren Mannschaften besteht Genickstarreverdacht. Todesfälle sind bisher nicht vorgekommen. Im Krankenhaus zu Posen (Posen) sind zwei Personen der Genickstarre erlegen. — Nach amtlicher Feststellung erkrankten in dem Kreise Saarbürden im Verlauf der letzten beiden Monate 10 Personen an Genickstarre. In neun Fällen verlief die Krankheit tödlich. Die Gestorbenen sind meistens Kinder.

Das Bräderchen erschaffen.

Im Orte Richterich unweit Köln erschuf ein 6jähriger Knabe sein 3jähriges Bräderchen mit einer Puppe, die der 15jährige Bruder geladen in der Wohnung hatte liegen lassen.

Kindesentführung.

Zur Entführung des Knaben Krieger in Groß-Flottbek wird mitgeteilt, daß in Hannover der Vater des entführten Knaben, der amerikanische Arzt Georg Krieger, und der Direktor v. Werjen des Defektbüreaus Greif aus Hannover verhaftet wurden. Von dem entführten Knaben fehlt noch jede Spur.

Verstümmelt und getötet.

In einem Schacht in Dindley (England) stürzten Steinmassen herab, wobei sechs Arbeiter getötet und eine Anzahl schwer verwundet wurde.

Unter schwerem Verdacht.

Aus Essen a. d. R. wird gemeldet: Der „Mittel-Rhein“ zufolge verschwanden vor einigen Tagen in Mörz zwei Kinder der Fingerrichs Eheleute. Die Kinder wurden am Dienstag in einer Kiste aufgefunden. Das Ehepaar wurde wegen dringenden Verdachts verhaftet.

Ein Bankier auf Reisen.

Der Staatsanwalt hat die Untersuchung gegen den flüchtigen Bankier Scheidt in Leipzig eingeleitet. Die Deshnung der Klassenstrafe des umfangreichen Depotumschlagungen. Die Ursache des Zusammenbruchs ist in der Spekulation in Kupferminen zu suchen. Betreffend ist besonders Pariser und Londoner Bankhäuser. Der Fehlbetrag ist noch nicht festgestellt.

Kinder, die ihren Vater erschlagen.

Eine Familientragödie mit schrecklichem Ausgang hat sich in dem französischen Flecken Angers an der Loire zugegetragen. Ein Bauer mit 5 Kindern hatte seine Frau und sein zweijähriges Tochterlein sehr schwer, indem er ihnen mit einem Messer grausame Verwundungen beibrachte. Diese unheimlichen Tat erregte seine beiden 8 und 10 Jahre alten Söhne dermaßen, daß sie sich auf ihren Vater stürzten. Sie schlugen mit einem eisernen Hammer auf ihn ein und ließen nicht eher nach, als bis sie ihren Vater erschlagen hatten. Die Knaben, mit denen das allgemeine Mißverhältnis der Bevölkerung ist, wurden in Gewahrsam genommen.

Laube-Vortrag Dienstag den 16. April : abends 6 1/2 Uhr, im : **Laube-Vortrag** Luisenpark, Spielgartenstr.

Auf klassischem Boden Wanderungen durch Griechenland 110 Klauenlichtbilder. : Redner: R. Laube, Leipzig.

Karten für Erwachsene 20 Pf. Kinder über 8 Jahre 10 Pf. Kinder unter 8 Jahren haben keinen Zutritt.

Karten sind in den Gewerkschaftsbüros, in der Buchhandlung Volksstimme, Grosse Münzstrasse 3, im Arbeitersekretariat, Fürstenufer 6, und bei den Lagerhallern des Konsumvereins zu haben.

3930

Warenhaus Gebr. Barasch

Vorgezeichnete

Standardarbeiten

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

zu Extra-Preisen!

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Russenkittel	mode und weiß Körperstoff, rot und blau garniert mit Gürtel	Größe 45	50	55
		1.25	1.40	1.55
Russenkittel	weiß Ripstoff, rot und blau garniert, mit Gürtel	Größe 45	50	55
		1.35	1.55	1.75
Russenkittel	weiß prima Rip, reich garniert, mit Schnur		2.05	1.85
				1.65
Russenkittel	grau Leinen, rot und blau garniert, mit Gürtel		2.25	2.05
				1.95
Kinderkleidchen	weiß Rip, rot und blau garniert		1.55	1.40
				1.25
Kinderkleidchen	weiß prima Rip, rot und blau, reich garniert		1.95	1.80
				1.65
Kinderkleidchen	weiß prima Rip, rot und blau garniert, mit aparten Zeichnungen		2.45	2.25
				2.25
Spieltasche	weiß Rip, rot und blau garniert			29 Pf.

Knaben-Schürzen	grau Körperstoff, rot und blau garniert	Größe 55	50
		Stück 80	65 Pf.
Knaben-Schürzen	grau Körperstoff, rot und blau garniert, mit 2 Taschen und Tragen		95 Pf.
		Stück 1.05	
Knaben-Schürzen	grau prima Körperstoff, rot und blau reich garniert	Größe 45	50
		Stück 95 Pf.	1.05
			1.20
Knaben-Mützen	weiß Rip, rot und blau gepaspelt		29 Pf.
Knaben-Mützen	weiß Rip, mit Tasche, rot und blau gepaspelt		35 Pf.
Mädchen-Reformschürzen	mit Bolant und großer Tasche, grau Körper, rot und blau garniert	Größe 45	50
		Stück 1.25	1.40
			1.55
Mädchen-Reformschürzen	mit Bolant, grau Leinen und türkischer Borte besetzt		1.60
		Stück 1.60	1.45
Mädchen-Häubchen	weiß Rip, rot und blau gepaspelt		62 Pf.

Spieltasche weiß Rip, rot und blau garniert, mit Tasche Stück 55 Pf.

ca.
6000
Stück

Schürzen

ca.
6000
Stück

Tüdelschürzen	weiß, durchbrochener Stoff, mit farbigem Besatz	Stück 25 Pf.
Tüdelschürzen	mit Bolant, weiß u. einfach, m. Stückeri oder Besatz garniert	Stück 48 Pf.
Tüdelschürzen	weiß, ringsherum mit Stückeri, oder einfarbig, reich mit Besatz garniert	Stück 65 Pf.
Tüdelschürzen	weiß, mit breiter Stückeri und Einsatz oder Satin in mit, oder schwarz-weiß kariert, mit Spitze, Bolant und Einsatz	Stück 88 Pf.

Damen-Hausschürzen	prima doppelseitiger Stoff, mit Bolant und Tasche extra weit	Stück 95 Pf.
Damen-Prinzeß-Reformschürzen	prima doppelseitiger Stoff, ringsherum mit Bolant	Stück 1.25
Damen-Hänger-Reformschürzen	prima doppelseitiger Stoff, gut verarbeitet u. richtig weit u. lang	Stück 1.45
Damen-Hänger-Reformschürzen	schwere Qualität, in diversen eleg. Ausführungen	Stück 1.95

Tüdelschürzen weiß, mit breiter Stückeri und Einsatz, oder Rebaillons und farbig Organdy, mit Spitze, Bolant und Einsatz Stück 1.10

Lebensmittel

la. Früchte-Konserven	
Nebe	2 Pfund-Büchse 1.10
Johannisbeeren	2 Pfund-Büchse 75 Pf.
Kirschkirschen	2 Pfund-Büchse 75 Pf.
Pflaumen	2 Pfund-Büchse 1.20
Äpfel	2 Pfund-Büchse 1.10

Apfelsinen	Duhand 45	33	22 Pf.
Zitronen		Duhand 35	Pf.
Frische Ananas		95	75 Pf.
Gemischte Marmelade	lofe eingetwogen	Pfund 20	Pf.
Rosinabutter	gr. Kasten, 1/2 kg. neto	14	Pf.
Nischa	Pfund 35	Pf.	
Kaffeebohnen	Pfund 28	Pf.	
Block-Schokolade	aromatisiert rein	Pfund 67	Pf.
Hering in Gelee	Dose 30	Pf.	
Bosnische Pflaumen	Pfund 23	Pf.	
Ringübel	Pfund 48	Pf.	

la. Gemüse-Konserven		
Stangen-Spargel	2 Pfund-Büchse 1.65	1 Pfund-Büchse 90 Pf.
Riesen-Stangenspargel	2 Pfund-Büchse 1.85	1 Pfund-Büchse 95 Pf.
Gemischt. Gemüse III	2 Pfund-Büchse 42	1 Pfund-Büchse 25 Pf.
Karotten	2 Pfund-Büchse 33	1 Pfund-Büchse 21 Pf.
Schnittbohnen	2 Pfund-Büchse 24	Pf.

H. L. Lublin

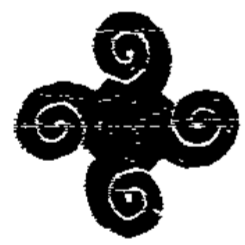
Grosse Posten Schürzen

Donnerstag — Freitag — Sonnabend

Reform-Schürzen



Tändel-Schürzen



Kinder-Schürzen

Ein Posten Reformschürzen	aus gestreiftem Gingham und gemustertem Cretonne, mit Krage und Träger und Waschbesatz garniert	0.95
Ein Posten Reformschürzen	aus gestreiftem Gingham und Satin, mit Bolant, Krage und Träger und reich garniert	1.45
Ein Posten Reformschürzen	aus gestreiftem Gingham und Satin, mit Bolant, Krage und Träger und reicher, eleganter Garnierung	1.75
Ein Posten Hänger-Reformschürzen	aus gestreiftem Gingham und Satin, mit Waschbesatz, reich garniert	1.50
Ein Posten Hänger-Reformschürzen	aus gestreiftem Gingham und Satin, mit Bolant, reich und elegant garniert	2.25

Ein Posten Tändel-Schürzen	aus meliert Cretonne, mit Bolant und Waschbesatz, garniert	0.40
Ein Posten Tändel-Schürzen	aus mode Satin, mit Bolant, Spitzen und Einfas	0.85
Ein Posten Tändel-Schürzen	aus mode oder weiß-schwarz kariertem Satin, mit Bolant, Einfas und reicher Spitzengarnierung	0.98
Ein Posten Tändel-Schürzen	aus mode imitiert Leinen mit Bolant, mit reichem Einfas und Spitzen garniert	1.00
Ein Posten Tändel-Schürzen	Santuzza, drei verschiedene Dessins	0.30

Ein Posten Kinder-Hänger-Schürzen — Einzelne Muster

mit und ohne Bolant, verschieden garniert, in allen Größen

Serie I . 35	Serie II . 50	Serie III . 65	Serie IV . 80	Serie V 1.00
--------------	---------------	----------------	---------------	--------------